

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



■ NACH FÜNF JAHREN WIRTSCHAFTLICHER DEPRESSION

## Griechenland unter dem Diktat von Finanzmärkten und Sparauflagen

*Den Schwerpunkt dieser Ausgabe bilden die Auseinandersetzungen um und in Griechenland. Nach einer grundsätzlichen Einschätzung folgt ein Artikel über die Gewerkschaften in Griechenland und die politischen Angriffe auf ihre Existenz (Seite 6). Für den 6. Mai sind Parlamentswahlen angesetzt. In einem kurzen Abriss der parlamentarischen Parteien links der PASOK gehen wir auf dieses Thema ein (Seite 9). Mit einem Bericht über die Solidaritätsveranstaltung »Griechenland: Demokratie unter Beschuss« im Berliner IG Metall-Haus leiten wir die Berichterstattung über die Diskussionen innerhalb der DGB-Gewerkschaften ein. Wir bitten unsere Leser, diese Diskussionen in ihrem betrieblichen und gewerkschaftlichen Umfeld fortzuführen und die kämpfenden Belegschaften in Griechenland auch finanziell zu unterstützen. Einen Spendenaufruf findet ihr auf Seite 6.*

Die Auseinandersetzungen um die Rolle Griechenlands in der Eurokrise sind Klassenkampf auf europäischer und nationaler Ebene. Die herrschenden Klassen mit ihren Regierungen sind seit zweieinhalb Jahren in der Offensive. Bei allen internen Widersprüchen, die sie haben, gelingt

es ihnen doch, sich im Rahmen der Europäischen Union, der G-20-Treffen und der Einbeziehung des Internationalen Währungsfonds (IWF) untereinander abzusprechen. Der Widerstand der Lohnabhängigen formiert sich schwächer, er findet weitgehend in der nationalen Beschränkung, sehr unterschiedlich bis kaum wahrnehmbar statt. Nur vereinzelt suchen linke Parteien, Gewerkschafts- und Betriebsgruppen, soziale Bewegungen und linke BasisaktivistInnen den Kontakt über Ländergrenzen hinweg. Während nach dem Willen der deutschen Bundesregierung das produktivste Kapital sich europa- und weltweit durchsetzen soll, stehen die griechischen Lohnabhängigen als derzeit schwächstes Kettenglied im Zentrum des Angriffs auf die Arbeits- und Lebensbedingungen. Dabei wird vor allem versucht, auf die »nationale Karte« zu setzen, also arbeitende und Steuer zahlende Menschen hierzulande und in Griechenland gegeneinander auszuspielen.

Schon die Einführung des Euro hat die früher genutzten Möglichkeiten der schwächeren Ökonomien Europas, Konkurrenzdruck von außen durch selbständige Währungspolitik (Abwertung) aufzufangen, beseitigt. Die Bundesregierung Schröder (SPD/Grüne) setzte mit ihrer Agenda-21-Politik da noch eins drauf. Mit den Hartz-Gesetzen setzte sie ihr vorher erklärtes Vorhaben um, in

Deutschland einen breiten Niedriglohnsektor (Leiharbeit, Befristung, Hartz IV, Ein-Euro-Jobs) einzuführen. Die beiden größten DGB-Gewerkschaften (IG Metall, ver.di) halfen dabei tatkräftig mit (Mitarbeit in der Hartz-Kommission, Abschluß von Leiharbeitsarbeitsverträgen, Bremsung der Anti-Hartz-Protteste, bescheidene Tarifabschlüsse etc.). Die dahinterstehende Logik von SPD, Grünen, Unternehmerverbänden und Gewerkschaftsvorständen ging auf: Die Lohnstückkosten der deutschen Exportindustrien stiegen zwar in den 2000-er Jahren weiter an (insgesamt ca. 7% mit Schwankungen), blieben aber deutlich hinter denen der Konkurrenten in der Eurozone zurück, die kontinuierlich bis zu 30% nach oben gingen (Gewerkschaften der Nachbarländer sind deswegen schon bei deutschen Gewerkschaften vorstellig geworden). Berlin wurde bestärkt, dieses Modell zur Nachahmung zu empfehlen bzw. zu verpflichten, wie die Verhandlungen um Sparpakete in der Krise gezeigt haben. Wenn auch nicht alle Handelspartner Deutschlands in gleicher Weise betroffen wurden, so doch mit am stärksten Griechenland. Das wiederum stört am wenigsten die griechischen Kapitalisten selbst, in deren Interesse diese Politik ebenfalls liegt. Sie richtet sich gegen die Lohnabhängigen im ganzen EU-Raum.

### Der Kreditmechanismus

Entgegen Behauptungen der Boulevard-Presse oder Unterstellungen von Teilen der seriösen bürgerlichen Presse und Wirtschaftsinstitute ist festzustellen, dass noch kein einziger Cent aus Steuergeldern nach Griechenland geflossen ist. Bisher geht es um Kredite und deren Verbürgung. Der Mechanismus verläuft grundsätzlich so: Seit zweieinhalb Jahren gilt der griechische Staatshaushalt auf den Finanzmärkten als nicht mehr kreditwürdig. Die EU muss einspringen. So gibt z. B. Deutschland einen Kredit an Athen, zahlt jedoch nicht direkt, sondern nimmt eine Anleihe auf dem Kapitalmarkt auf. Als »guter Schuldner« bekommt Berlin den Betrag zu günstigen Zinsen und gibt ihn an Griechenland weiter. Athen muss ihn natürlich zurückzahlen. Das ist das Prinzip des »Rettungsschirms« EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität). In dem für Mitte 2012 vereinbarten zweiten »Rettungsschirm« ESM (Europäischer Stabilisierungsmechanismus) soll dann richtiges Geld liegen.

Die Kredite müssen also zurückfließen, einschließlich Zinsen, welche durchaus höher liegen als der Satz, den z.B. Berlin auf dem Finanzmarkt bezahlt. Der deutsche Bundeshaushalt z. B. macht also – zumindest rechnerisch – noch Gewinn damit. Das Problem für die EU-Staaten liegt nicht in der gegenwärtigen Verschuldung, sondern in der ungewissen Zukunft, nämlich der immer noch drohenden Insolvenz Griechenlands als Staat. Wenn Athen seine Zahlungsunfähigkeit erklärt, ist das Geld eben weg. Dies ist der wesentliche Grund, in ein angebliches »Fass ohne Boden« weitere Euro-Milliarden zu werfen. Darüber hinaus wird eine griechische Staatspleite die viel diskutierte »Ansteckung« erst hervorrufen: Portugal, Spanien, Italien, Frankreich sind weitere mögliche Kandidaten. Mit dem dann unweigerlichen Zusammenbruch der Eurozone brennt die ganze Weltwirtschaft, einschließlich USA und China. Dies erklärt den Druck der G-20-Staaten auf die EU, insbesondere Deutschland, die finanzielle Absicherung zu erhöhen.

Der im Februar vereinbarte Schuldenschnitt lässt die »privaten Gläubiger«, also die Banken, weich fallen. Alte griechische Papiere, deren Forderungen uneinbringlich sind, werden durch neue getauscht, formal wurden der griechischen Regierung 107 Mrd. Euro erlassen. Dies war

die Voraussetzung für die 130 Mrd. Euro, die als jüngstes »Rettungspaket« von Brüssel gewährt wurden. Dieses Geld wird jedoch nicht einfach »den Griechen« zur Verfügung gestellt, sondern fließt auf ein Sperrkonto, aus dem die griechische Regierung die Zinsen bezahlen soll. Die so genannte »Griechenland-Hilfe« ist ein Bankenrettungsprogramm, das nunmehr insgesamt vom europäischen Steuerzahler garantiert wird. Den griechischen Lohnabhängigen wird als »Gegenleistung« der Lohn- und Sozialabbau diktiert.

Bisherige Zahlungen aus Deutschland halten sich in engen Grenzen. Laut Recherchen des WDR-Magazins »Monitor« (Sendung vom 1.3.2012) überwies die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bis dato 15,2 Mrd. Euro nach Athen (Kredite, wie der Name der Anstalt sagt). Wie weit deutsche Staatsbanken (Hypo Real Estate, Landesbanken) vom jetzt vereinbarten Schuldenschnitt betroffen sind, wird sich erst in ein paar Jahren in der Endabrechnung des Bankenrettungsfonds Soffin zeigen. Andererseits wurde in der »Monitor«-Sendung auf die Gewinne hingewiesen, die deutsche Unternehmen im Export durch den derzeit krisenhaft schwachen Euro einfahren und die auf 50 Mrd. Euro zu beziffern seien.

### Griechische Wirtschaft

Kritik an den inneren Verhältnissen Griechenlands (ineffiziente Staatsverwaltung, insbesondere hinsichtlich der Steuereintreibung und -verwendung) hat teilweise einen realen Kern, andererseits kommt darin Klasseninteresse der Kapitalisten zum Ausdruck. Hier setzt der äußere Druck der EU (Troika = EU-Kommission, EZB, IWF) an. Sie will die bekannten neoliberalen Prinzipien im Bereich ihrer Mitgliedstaaten durchsetzen, um die Eurozone insgesamt am Weltmarkt gegen Konkurrenten wie USA, Japan und die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) zu positionieren und interne Schwachstellen (Griechenland u.a. so genannte Schuldnerstaaten) unter Kontrolle zu nehmen.

Als Griechenland 1981 der Europäischen Gemeinschaft beitrug, hofften viele Griechen, dass nun Investoren aus Deutschland in Scharen Fabriken und Fertigungshallen er-

#### INHALT · Heft Nr. 2 / 1. Mai 2012 · Jg. 53

|  |    |
|--|----|
| Die Beseitigung der Tarifautonomie in Griechenland . . . . | 7  |
| Die parlamentarischen Linksparteien in Griechenland .      | 10 |
| Veranstaltung im IG Metall-Haus Berlin                     |    |
| Griechenland: Demokratie unter Beschuss . . . . .          | 11 |
| Kommentar:   |    |
| DGB-Gewerkschaften und internationale Solidarität . . .    | 17 |
| Buchbesprechung, Günter Sandleben: Regulierte              |    |
| Finanzmärkte – Realwirtschaft im Gleichgewicht? . . . .    | 18 |
| Syrien: Eine weitere Etappe im Kampf um die                |    |
| Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens . . . . .        | 22 |
| Streiks in Großbritannien . . . . .                        | 25 |

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis  
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des  
 Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:  
 »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«  
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de



## Agenda 2020: Europas Demokraten schleifen Arbeitnehmerrechte

In Griechenland, Spanien, Italien und Portugal wütet die Krise. Ganz Südeuropa liegt am Boden. Ganz Südeuropa? Nein. Einigen Menschen in diesen Ländern gehen lang gehegte Wünsche in Erfüllung. Zum Beispiel Juan Rosell, Chef des spanischen Arbeitgeberverband CEOE. Jahrelang hatte er eine Aufweichung des Kündigungsschutzes angemahnt. Nun hat die Regierung seine Forderung erfüllt. *»Es wird nicht die letzte Arbeitsmarktreform gewesen sein«* prophezeit Rosell siegesgewiss. Die Krise ist seine Chance.

Die Unternehmen Europas haben Oberwasser. Unter dem Druck von Rezession und Staatsschulden schleifen Regierungen flächendeckend Arbeitnehmerrechte und drücken Lohnkosten. Ziel ist es, die Standorte für Investoren billiger und damit attraktiver zu machen. *»Europa ist auf dem Weg in ein Unternehmer-Paradies – auf Kosten der Arbeitnehmer«*, klagt Apostolos Kapsalis vom Forschungsinstitut des griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE. Angesichts explodierender Arbeitslosenraten und der Sparforderungen der EU sind die Gewerkschaften in die Defensive geraten. Zum Beispiel in Griechenland, wo die Regierung Mindestlohn und Arbeitslosenhilfe drastisch gekappt hat. [...] Schon würden ähnliche Programme auch in anderen Ländern angewandt, warnt der Gewerkschafter. Zum Beispiel in Spanien, wo die Regierung im Februar ohne Verhandlungen mit den Gewerkschaften den Arbeitsmarkt reformiert hat – *»äußerst aggressiv«*, wie selbst Wirtschaftsminister Luis de Guindos zugab. [...] Die Reform-Welle schwappt nicht nur über die kleinen Staaten hinweg. Auch in Italien plant Ministerpräsident Mario Monti harte Einschnitte in althergebrachte Arbeitnehmerrechte. So soll der strikte Kündigungsschutz für Beschäftigte fallen. Dies wurde bereits 2002 versucht, scheiterte aber am Massenprotest der Bevölkerung. Heute ist eine neue Gelegenheit – und der Ministerpräsident will sie nutzen. [...]

Klar ist schon jetzt: Die Arbeitsmarktreformen sind keine kurzfristigen Anti-Krisenmaßnahmen, sondern auf Dauer angelegt. Denn die Staaten setzen sich über ihre Kostensenkungsstrategien gegenseitig unter Druck. Schon müssen auch Niedriglohnländer wie Kroatien und Tschechien ihre Arbeitsmärkte stärker flexibilisieren und Lohnkosten drücken, um wettbewerbsfähiger zu werden, mahnt der IWF. Diesen Wettlauf der Staaten

will auch die EU. Sie will Europa bis 2020 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt machen. *»Wir haben die Verpflichtung auf eine Wachstumsagenda«*, sagte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. [...]

### Schlechte Arbeitsbedingungen in Europa

**Spanien:** Abfindungszahlungen für Entlassene sinken und erhalten eine Obergrenze. Der Kündigungsschutz wird aufgeweicht. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten – also aktuell – und bei Umstrukturierungen können Firmen ohne Zustimmung der Gewerkschaften die Löhne senken und die Arbeitszeit verändern. Für kleine und mittlere Unternehmen wird ein neuer Arbeitsvertrag eingeführt, der eine Probezeit von einem Jahr vorsieht. Das Rentenalter wird hochgesetzt. Die geplante Erhöhung des Mindestlohns hat die Regierung abgesagt.

**Italien:** Firmen wird es erlaubt, weniger Lohn zu zahlen als der Tarifvertrag vorsieht. Kleine Betriebe müssen weniger Sozialabgaben zahlen. Vorgesehen ist eine Lockerung des Kündigungsschutzes. Lohnverhandlungen sollen stärker auf Unternehmensebene verlagert werden, um die Lohnentwicklung zu bremsen. Der Einsatz von Praktika soll verstärkt werden. Das Rentenalter steigt.

**Portugal:** Die Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst dürften die Löhne im Privatsektor bremsen. Vier Feiertage und drei Urlaubstage entfallen. Entlassungen werden einfacher. Abfindungszahlungen sollen sinken. Unternehmen dürfen von Tarifverträgen abweichen und weniger Lohn zahlen. Durch niedrigere Überstundenzuschläge und andere Arbeitszeitregelungen soll der Einsatz von Arbeitskräften flexibilisiert und verbilligt werden.

**Frankreich:** Frankreich ist zwar nicht aktuell in der Krise. Doch Präsident Nicolas Sarkozy plant eine Lockerung des Kündigungsschutzes, eine Senkung des Mindestlohns und eine Aufweichung der Tarifverträge, die derzeit noch 90 Prozent der Arbeitnehmer schützen. Die Firmen sollen weniger Sozialabgaben zahlen müssen. Das Rentenalter steigt.

(FR, 23.03.2012)



öffnen würden, um von den damals noch vergleichsweise niedrigen Lohnkosten zu profitieren. Zu dieser Zeit war Andreas Papandreou an die Regierung gekommen, Mitglied einer Politikerdynastie (u. a. Vater von Giorgos P., des Ministerpräsidenten 2009 bis 2011) und damaliger Chef der PASOK (Panhellenische Sozialistische Bewegung = griechische sozialdemokratische Partei, von A. Papandreou im Exil zur Zeit der Militärdiktatur gegründet). Seine Sozialgesetzgebung verbesserte die Lage der arbeitenden Bevölkerung, lockte damit aber nicht Unternehmer nach Hellas.

Mit Steuerflucht wie dem Verschieben großer Vermögen auf ausländische Konten, Verlegung von Firmensitzen ins Ausland, Ausflaggen der griechischen Schiffe (eine der größten Handelsflotten der Welt) entzog die herrschende Klasse dem Staat Steuern. Gescheitert ist Griechenland auch am System der Klientelpolitik und der Korruption bürgerlicher Politiker. PASOK und die konservative Partei »Neue Demokratie« (ND) haben jeweils ihre Klientel versorgt, um wiedergewählt zu werden. Nach dem Beitritt zur EU wurde diese Politik mit Hilfe von EU-Geldern und ausländischen Krediten zu damals niedrigen Zinsen fortgesetzt. Mit den billigen Krediten konnte Griechenland die Importe bezahlen. Die kleinen Produzenten waren nicht konkurrenzfähig, gaben die Produktion auf und wurden zu Importeuren. Um die Kredite zurückzahlen, musste die griechische Wirtschaft ihrerseits Exportüberschüsse erzielen. Dazu ist sie aber nicht imstande, weil sie in den meisten Branchen nicht konkurrenzfähig ist. Ein weiterer Einschnitt kam Anfang der neunziger Jahre: Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks bevorzugten Unternehmer osteuropäische Länder mit noch niedrigeren Löhnen. Die Leistungsbilanzdefizite der Mittelmeerländer sind chronisch, weil ihre Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und anderer nordwesteuropäischer Staaten nicht einholen wird<sup>1</sup>.

Seit dem Beginn des mit dem IWF, der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank vereinbarten ersten Sparprogramms sind viele griechische Kleinbetriebe pleite gegangen. Löhne und Gehälter werden gekürzt, Arbeitskräfte entlassen, der Konsum bricht ein, die Gewinnerwartungen der Unternehmen sinken, die Kreditvergabe der Banken stockt. Die Erwerbslosenquote stieg auf über 20%. Im letzten Jahr schrumpfte die Wirtschaft um 6,8%, in diesem Jahr wird ein Minus von 4% erwartet. Massenhaft protestierten die Griechen besonders am 10./11. Februar 2012 gegen die Zustimmung ihres Parlaments zum Sparkurs, der die gebeutelte Wirtschaft zusätzlich schwächt und bereits zu spürbaren Einbußen beim Lebensstandard geführt hat. Seit fünf Jahren steckt das Land in der Rezession. Zahlreiche Geschäfte mussten schließen, weil die Verbraucher den Gürtel enger schnallen.

## Gemeinsame Kapitalinteressen

Ein gemeinsames Interesse der Kapitalisten aller EU-Staaten besteht darin, ihre Lohn- und Sozialkosten zu senken, und da kommt ihnen die Lage der griechischen Lohnabhängigen gerade recht. An ihnen wird das Sparregime direkt praktiziert. Es wird getestet, wie weit man hierbei gehen kann, und es wird die Perspektive eröffnet, mit an-

deren Kandidaten ebenso zu verfahren. Hier sind sich die Regierungen grundsätzlich einig, und über Details kann man reden. Freilich geschehen diese »Verhandlungen« nicht auf gleicher Augenhöhe. Ohne die Entwicklungen der vergangenen Jahre hier nachzuvollziehen, ist festzustellen, dass die Souveränität des Staates Griechenland schwer gelitten hat. Gegen Anti-EU-Demonstrationen geht die Polizei vor, ein Volksentscheid wurde auf Druck Deutschlands und Frankreichs abgesagt. Die Regierung Papandreou wurde innerhalb weniger Tage ausgewechselt gegen das so genannte »technische« Kabinett Papadimos. Kontrolleure und Beamte der EU-Troika sitzen in einzelnen Ministerien. Mit den Vorschriften der so genannten »Griechenland-Hilfe«, die dem Bundestag im Februar 2012 zur Entscheidung vorlag und die das griechische Parlament seinerseits im März angenommen hat, wird tief in griechisches nationales Recht eingegriffen. Die Parteiführer von PASOK und ND mussten sich darüber hinaus verpflichten, auch nach einer Neuwahl des Parlaments im Frühjahr 2012 bei den Beschlüssen zu bleiben.

»Rettungsschirme« und »Sparpakete« orientieren auf die Befriedigung der Forderungen der Banken (griechische, französische, deutsche, schweizerische etc.), nicht auf Reorganisation der Ökonomie im Interesse der Bevölkerung. Die Drohung des Staatsbankrotts lähmt vielmehr die Wirtschaft. Inzwischen verbreitet sich im griechischen Mittelstand und in Teilen der Arbeiterklasse eine Stimmung der Resignation, die auf so etwas wie ein »Ende mit Schrecken« und einen Neuaufbau hofft. Auf dieser Basis versuchen die Herrschenden die Konflikte auszusitzen. Die Bourgeoisien der hoch entwickelten Länder fürchten jedoch auch, dass sie mit ihren bisherigen Mitteln der finanziellen Unterstützung, der Kredite und der Bürgschaften Griechenland nicht stabilisieren können.

## Soziale Folgen

Damit die Zinsen an ausländische Kreditgeber gezahlt werden können, fordert die Troika von der griechischen Regierung Maßnahmen zur Verschärfung der Ausbeutung der griechischen Arbeiterklasse. Mit der Begründung, Konkurrenzfähigkeit zu erzielen, werden Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerungen, Rentenkürzungen, Entlassungen usw. erzwungen.<sup>2</sup> Weil sich beide griechische Tarifparteien, GSEE (größter Dachverband von an PASOK und ND orientierten Gewerkschaften) und Unternehmerverbände, gegen diesen offenen Bruch der Tarifautonomie ausgesprochen haben, bestand die Troika auf Durchsetzung ihres Diktats durch Regierung und Parlament. Bis auf die Ebene der stellvertretenden Bürgermeister und ihrer Mitarbeiter haben die Troika-Kontrolleure Stellenkürzungen penibel ausgearbeitet. Insgesamt sollen ihre »Sparvorschläge« im Sozialbereich 2,5 bis 3 Mrd. Euro jährlich bringen, während der Rüstungsbereich mit gerade mal 300 Mio. Euro Kürzungen bis 2015 davonkommt.

Die griechischen Lohnabhängigen fühlen sich betrogen von den Eliten des Landes, die am stärksten von dem weit

<sup>1</sup> Die Kapitalkonzentration liegt in den Mittelmeerländern weit hinter der der kapitalistischen Zentren zurück. Die Produktivität Griechenlands betrug in den letzten Jahren 2/3 der in Deutschland, griechische Löhne lagen bei etwas mehr als der Hälfte der deutschen Löhne, der gesetzliche Mindestlohn in Hellas bei 3,80 Euro (knapp über der Höhe des Regelsatzes von Hartz IV in Deutschland). Während die deutsche Wirtschaft im Jahr 2011 um gut 3% wuchs, sank die Wirtschaft Griechenlands um fast den gleichen Betrag. Während die Arbeitslosenquote in Griechenland in den letzten drei Jahren um ca. 8% stieg, sank die Arbeitslosenquote in Deutschland um 0,8%.

<sup>2</sup> Nach den massiven Protesten der griechischen Bevölkerung gegen die Annahme der Sparbeschlüsse im Parlament heuchelte Finanzminister Schäuble Mitgefühl mit den Armen Griechenlands und forderte im gleichen Atemzug die Senkung des Mindestlohnes in Griechenland: In Griechenland lag bisher der Mindestlohn über dem Durchschnitt in Europa. Die griechische Wirtschaft kann nur wieder in Gang kommen, wenn Griechenland konkurrenzfähig wird. Dazu müssen die Löhne gesenkt werden. Das heißt also: Damit die Unternehmen in Griechenland Gewinne machen, müssen die Arbeiter hungern. Einen Binnenmarkt gibt es dann nicht in Griechenland, ebenso wenig wie in Spanien, Portugal usw. Es bliebe die Exportorientierung der Produktion für den Weltmarkt!? Gezielt in noch schwächere Länder?



verbreiteten System der Korruption und der vom Interesse des Gesamtkapitals aus verfehlten Strukturpolitik profitiert haben. Die einfachen Leute mussten für Arztbesuche, für Behördengänge, dafür, dass ihre Angelegenheiten überhaupt erledigt wurden, zahlen. Wenn auch z. B. Beamte, Ärzte, Notare, Anwälte Nutznießer waren, die Ursache liegt nicht nur bei ihnen. Der griechische Wirtschaftsminister Michalis Chrysochoidis erklärt das so: *»Während wir mit der einen Hand das Geld der EU nahmen, haben wir es nicht mit der anderen Hand in neue und wettbewerbsfähige Technologien investiert. Alles ging in den Konsum. Das Ergebnis war, dass jene, die etwas produzierten, ihre Betriebe schlossen und Importfirmen gründeten, weil sich damit mehr verdienen ließ«* (FAZ Februar 2012).

Betrogen fühlen sich die Griechen auch von denen, die sie regiert haben, wie dem kurzzeitigen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou (2009 – 2011), der sein Versprechen, den großen Steuersündern an den Kragen zu gehen und das System der Vetternwirtschaft zu beenden, nicht eingehalten hat.

Die Armenküchen haben großen Zulauf. Arbeitslose können ihre Raten nicht mehr bezahlen. Rentner, die auf die Straße gehen, und andere Demonstranten fragen u. a.: *»Warum wird das Geld bei den Armen geholt und nicht bei den Reichen?«* *»Warum wird im Gesundheits-Etat mehr gestrichen als bei den Militärausgaben?«* *»Privatisierungen nutzen nur den Kapitalanlegern! Die Wirtschaft wird durch das Sparprogramm abgewürgt!«*

### Politische Bedeutung in der EU

Was hier exerziert wird, ist die exemplarische Niederhaltung einer Arbeiterklasse, damit sich das produktivste Kapital Europas im weltweiten Konkurrenzkampf durchsetzen kann. Diese Politik dient auch dem Druck auf die Lohnabhängigen in ganz Europa: europaweite Umverteilung von unten nach oben. Alle Regierungen der EU sehen sich damit in der Pflicht, rigorosen Sozialabbau zu betreiben. Die Lohnabhängigen in den Nachbarländern stehen deshalb mit ihren Gewerkschaften unter Druck. Wirtschaftlich spielt Griechenland in der EU eine geringe Rolle, als Paradebeispiel der Disziplinierung einer Arbeiterklasse, die als kämpferisch gilt, scheint es besonders geeignet zu sein (der gewerkschaftliche Organisationsgrad beträgt zwar durchschnittlich nur 22%, aber mit großen Unterschieden: im Öffentlichen Dienst mehr, in anderen Branchen weniger). Schließlich protestieren nicht nur die griechischen Lohnabhängigen gegen die Sparpolitik ihrer Regierung: In

Belgien, Rumänien, Italien, Spanien (23% Arbeitslosigkeit, aktuelle Proteste der Gewerkschaften), Portugal ... wird protestiert.

Am Durchgriff Deutschlands und Frankreichs im Konsens mit den Regierungen der großen Mehrheit der EU-Staaten zeigt sich, wohin die angestrebte weitere Vereinheitlichung in der EU geht: kein Fortschritt in der Demokratisierung. Der einschneidende Souveränitätsverzicht, der als Preis für die nächsten Schritte in Richtung einer Fiskalunion auf die einzelnen EU-Länder zukommen wird, hat im Fall Griechenland bereits stattgefunden. Das Diktat der politischen Spitzen der europäischen Bourgeoisie zeigt die Grenzen des griechischen Parlamentarismus in der aktuellen Krise auf.

### Rückkehr zur Drachme?

In der in Deutschland inzwischen wieder zunehmenden Diskussion um einen Austritt (resp. »Rauswurf«) Griechenlands aus der Eurozone gilt als Maßstab für uns die Frage, ob dies im Interesse der Lohnabhängigen ist. In den bürgerlichen Medien, Unternehmerverbänden und Parteien bis hin zu Äußerungen von Regierungsmitgliedern (Bundesinnenminister Friedrich) geht es im Grunde um die Minderung des oben beschriebenen Haftungsrisikos des deutschen Bundeshaushaltes, damit des Steuerzahlers, für griechische Staatsschulden bei den Finanzmärkten im Falle der Staatspleite. Die Voraussetzung zu deren Vermeidung wäre freilich, dass die griechische Wirtschaft auf die Beine kommt. Dafür sind Sparprogramme keine gute Voraussetzung.

Es kann nicht Aufgabe der Linken sein, zu diskutieren, in welcher Währung Lohn- und Sozialabbau stattfinden soll. Eine Rückkehr zur Drachme kann den griechischen Lohnabhängigen keine Verbesserung bieten. Dieser Versuch käme unter heutigen Bedingungen einem kapitalistischen Sonderweg Griechenlands gleich, der scheitern muss. Das Problem der Staatsverschuldung bliebe erhalten, weil es im Interesse der Kapitalverwertung liegt. Eine Rückzahlung der Schulden, ob in Euro oder in Drachme, liegt in weiter Ferne und bringt der Masse der Bevölkerung keine Verbesserung ihrer Lage. Für eine Exportoffensive gibt es in der griechischen Wirtschaft von heute wenige Grundlagen. Deviseneinnahmen würden aufgefressen durch die Notwendigkeit, im Lande nicht produzierte Waren einführen zu müssen. Für beides, Schuldendienst und Import, stellt sich das Problem, stark abgewertete Drachmen in harte Euros umwandeln zu müssen.

Auch Griechenland ist eine Klassengesellschaft. Auch hier gilt, dass das einheimische Kapital ebenso an der Ausbeutung lohnabhängiger Arbeit zu möglichst kostengünstigen Bedingungen interessiert ist wie das auswärtige. Der Staat spielt seine Rolle in der Absicherung dieser sozialen und ökonomischen Bedingungen. Dabei ist er so stark in internationale Beziehungen – insbesondere die EU – eingebunden, dass ein nationalstaatlicher Sonderweg nicht mehr möglich ist. Eine Perspektive für die griechischen Lohnabhängigen erfordert zum einen, dass sich im Lande selbst in der Abwehr der Belastungen die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen ändern, zum anderen aber auch, dass sich in allen Staaten der Eurozone in den Kämpfen gegen Kapital, Regierungen und EU-Troika Möglichkeiten europaweiter Klassensolidarität eröffnen.

## Widerstand gegen die Troika-Politik

Gibt es hierfür noch Spielräume in einem Land, dessen Regierung sich alternativlos dem Diktat der Troika zu unterwerfen scheint und sich an Verfassungsänderungen und internationale Verträge gebunden fühlt? Grundsätzlich immer; die genaueren Verhältnisse können nur im Lande selbst geklärt werden. Die protestierende Bevölkerung, die streikenden Belegschaften, die demonstrierenden Gewerkschaften haben zunächst die eigene Regierung zum Gegner. Alle Maßnahmen, die die EU beschließt, müssen in nationales griechisches Recht umgesetzt werden, um Gültigkeit zu haben. Für Forderungen nach anderer Verteilung der Lasten ist Spielraum gegeben, z.B. in der Steuerpolitik: Verbesserung der Verwaltung, Heranziehung der großen Vermögen; oder in Staatsausgaben: Wofür braucht Griechen-

land eine völlig überdimensionierte Armee, wenn nicht für den Profit der deutsch-französischen Rüstungsindustrie? Forderungen dieser Art, mit Nachdruck gestellt, schrecken die EU natürlich auf; die Vorgänge um den Sturz der Regierung Papandreou wegen eines geplanten, dann auf Druck von Berlin und Paris abgesagten Referendums sowie anschließende Installierung des »Notstandskabinetts« unter Papadimos sind ein deutliches Beispiel. Aber welche Alternativen haben die Lohnabhängigen in Griechenland, als es tatsächlich zu versuchen?

Auf Deutschland übertragen, hieße das etwa: Sollen wir wegen der »Schuldenbremse« im Grundgesetz auf soziale Forderungen verzichten? Nein – wir müssen sie mit der Forderung nach einer Steuerpolitik verbinden, die die Unternehmen und die großen Vermögen heranzieht. Oder: Sollen wir auf Versuche verzichten, Lohnkämpfe im öffentlichen Dienst wieder zu vereinheitlichen, nur weil z. B. führende Kräfte in ver.di im vorausseilenden Gehorsam selbst daran mitgearbeitet haben, frühere Strukturen vielfältig zu zerlegen und damit die Kampfkraft nachhaltig zu schwächen?

Es führt kein Weg daran vorbei, immer wieder unter den jeweiligen Bedingungen nach Spielräumen und Alternativen für den Kampf um die Verbesserung bzw. für die Abwehr der Verschlechterung zu suchen. Worum es dabei europaweit geht, ist vor allem, dass die Lohnabhängigen sich nicht gegeneinander setzen lassen, sondern im eigenen Interesse Kapital und Regierung als Gegner begreifen. Die Aufgabe von Kommunisten besteht darin, inhaltliche Orientierung zu bieten, den Klassencharakter der Krise zu erklären und ihren Beitrag zur Organisation in den Kämpfen zu leisten.

DA, 21.4.2012 ■

## Die streikenden KollegInnen in Griechenland brauchen unsere Unterstützung!

Unter den Auflagen der Troika haben Regierung und Parlament in Griechenland beschlossen:

1. Den Gewerkschaften ist es gesetzlich untersagt Lohn-erhöhungen zu vereinbaren, so lange die Arbeitslosenrate nicht auf unter 10 Prozent gesunken ist.
2. Der zwischen den Dachverbänden von Gewerkschaften und Arbeitgebern vereinbarte Mindestlohn wird von 760 auf 590 Euro pro Monat herabgesetzt.
3. Zukünftig haben betriebliche und individuelle Verträge Vorrang vor den Flächentarifverträgen.

»Wenn wir die Tarif- und Arbeitsrechte betrachten, könnte man die Regierungsmaßnahmen mit folgender Parole zusammenfassen: Keine freien Tarifverhandlungen mehr. Einkünfte und Lohnerhöhungen werden von nun an gesetzlich geregelt.« (Apostolos Kapsalis, Arbeitsrechtler und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsinstitut des griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE, am 13. März 2012 in Berlin)

Gegen Lohnkürzungen, Massenentlassungen und die Beseitigung gewerkschaftlicher Rechte wehren sich die Beschäftigten in Griechenland.

Seit Anfang November 2011 streiken die **Beschäftigten der ‚Griechischen Stahlwerke‘ (Elliniki Halivourgia) in Aspropyrgos**, einem Industriegebiet in Athen – gegen die von der Geschäftsführung einseitig verkündete Kurzarbeit und Lohnkürzungen von 40 Prozent sowie gegen 34 Entlassungen.

Auch die **Journalisten, Drucker und Verwaltungsangestellten der linksliberalen Tageszeitung ‚Eleftherotypia‘** befinden sich seit dem 22. Dezember 2011 im Ausstand. Sie wollen die geplanten Gehaltskürzungen und die Entlassung der halben Belegschaft im Zuge der geplanten Umstrukturierung des insolventen Verlages nicht hinnehmen. Gemeinsam haben sie begonnen, wieder eine Zeitung herauszugeben – eine Streikzeitung der Belegschaft. »Es gab viele, die uns fragten, warum habt ihr ein Streikblatt verkauft, warum gebt ihr es nicht kostenlos heraus? Weil wir 800 Leute sind; wir sind seit acht Monaten unbezahlt. In diesem Zeitraum haben wir von unseren Gewerkschaften 500 Euro an Unterstützung erhalten.« (Konstantina Daskalopulous, Redakteurin der Zeitung ‚Eleftherotypia‘, am 13. März 2012 in Berlin)

Die griechischen Gewerkschaften können ihren Mitgliedern keine oder nur eine äußerst geringe Streikunterstützung gewähren. **Die Kolleginnen und Kollegen in den bestreikten Unternehmen und ihre Familien brauchen unsere finanzielle Hilfe. Die gesammelten Spenden werden in vollem Umfang je zur Hälfte den beiden streikenden Belegschaften überreicht.**

ver.di, Fachbereich 8, Ortsvorstand Hamburg  
Arbeitskreis Internationalismus in der IG Metall Berlin

**Spendenkonto:** Dionysios Granas  
Konto-Nr. 227594 1002 · Berliner Volksbank  
BLZ 100 900 00 · Stichwort: Streiksoli Griechenland



# Die Beseitigung der Tarifautonomie in Griechenland



Die griechischen Gewerkschaften lassen sich weder mit den deutschen Einheitsgewerkschaften vergleichen, noch mit den politischen Richtungsgewerkschaften, wie wir sie aus Frankreich, Italien, Spanien oder Portugal kennen. Der Klassenkompromiss, wie er sich nach dem Ende der Militärdiktatur 1974 herausbildete, prägte die politischen Institutionen und Parteien als auch die gewerkschaftlichen Organisationen. Ihnen wurden einerseits relativ weitgehende tarifliche Rechte zugestanden und gesetzlich garantiert. Andererseits wurde mit der staatlichen Finanzierung der Gewerkschaftsapparate eine enge Bindung an die beiden bestimmenden Parteien (die sozialdemokratische PASOK und die liberal-konservative Nea Dimokratia) abgesichert. Beide, die PASOK und die Nea Dimokratia wechselten sich in der Regierungsbildung seit 1974 ab.

Mit der Aufkündigung des Klassenkompromisses unter dem Diktat der Troika und der Inthronisierung der neuen Regierung wurden nicht nur die Verfassung und die parlamentarische Mitsprache ausgehebelt; auch wesentliche Rechte, die den Gewerkschaften zustanden, wurden mit den jüngsten Sparmaßnahmen beseitigt. Wir geben im Folgenden einen kurzen Überblick über die griechische Gewerkschaftsbewegung, wie sie sich in den letzten vier Jahrzehnten herausgebildet hat<sup>1</sup> und über den Stand der aktuellen Angriffe auf die gewerkschaftlichen Rechte. Wie weit sich die politischen Kräfteverhältnisse innerhalb der Gewerkschaften angesichts der schweren wirtschaftlichen und politischen Krise in Griechenland verschoben haben, lässt sich momentan nicht beantworten. Die politische Stimmung befindet sich im ständigen Fluss. Zu den gewerkschaftlichen und politischen Konsequenzen der Krise in Griechenland verweisen wir unsere Leser auch auf die weiteren Artikel zu Griechenland und den Bericht über eine Veranstaltung mit griechischen GewerkschaftskollegInnen in Berlin (S.10).

*Die griechische Gesetzgebung sieht drei Ebenen der gewerkschaftlichen Organisation vor. Die unterste Ebene bilden die Basisgewerkschaften, deren Zahl zwischen 3.400 und 4.000 beträgt. Ihre Autonomie ist gesetzlich verankert und ihre Tätigkeiten sind gesetzlich geregelt. Früher waren die Basisgewerkschaften überwiegend nach Berufen organisiert und beschränkten sich auf ein kleines geografisches Gebiet. Heute handelt es sich bei vielen von ihnen um Betriebsgewerkschaften, die zum Teil zu größeren, nationalen oder regionalen Gewerkschaftsorganisationen gehören. Dadurch kann es in einem Betrieb theoretisch mehrere Gewerkschaften geben, in der Praxis ist dies aber kaum der Fall. Die zweite Ebene bilden die Gewerkschaftsorganisationen auf Branchenebene und auf regionaler Ebene, die so genannten »Arbeitnehmerzentren«. Die Basisgewerkschaften entscheiden selbst, welcher Branchen- oder Regionalorganisation sie beitreten möchten. Die dritte Ebene schließlich umfasst die Gewerkschaftsbünde.*

## Die gewerkschaftlichen Dachverbände

*In Griechenland gibt es zwei große Gewerkschaftsbünde: Der GSEE organisiert Arbeitnehmer im privatwirtschaftlichen Sektor und in staatlich kontrollierten Sektoren, wie Banken, Verkehr und Strom- und Wasserversorgung. Der Gewerkschaftsbund ADEDY umfasst ausschließlich Beamte sowie Lehrer und Angestellte der Ministerien und Kommunalbehörden.*

*In Griechenland besteht traditionell eine enge Verflechtung zwischen Gewerkschaftsbewegung und Politik, und die großen Parteien sind direkt durch politische Fraktionen in den Gewerkschaftsstrukturen repräsentiert. Der Exekutivausschuss des GSEE umfasst 45 Mitglieder, die vom Kongress auf der Grundlage politischer Blöcke gewählt werden. Der im März 2010 gewählte Exekutivausschuss zählt 22 Mitglieder aus dem Lager der sozialdemokratischen Partei PASOK, 11 Mitglieder aus der Gruppe der konservativen Par-*

1 Quelle: worker-participation.eu, im Artikel kursiv gesetzt

tei Neue Demokratie, neun Mitglieder stehen der kommunistischen Partei nahe, und drei kommen aus einer anderen autonomen Gruppierung. Diese Blöcke sind auch auf der Führungsebene des GSEE vertreten: Der Präsident stammt aus der PASOK-Gruppe, der Sekretär gehört der Gruppe der Partei Neue Demokratie an.

Die griechischen Gewerkschaften auf der zweiten und dritten Organisationsebene beziehen ihr Einkommen nicht nur aus Mitgliedsbeiträgen, sondern erhalten erhebliche Beiträge aus einem staatlichen Fonds, in den alle – Gewerkschaftsmitglieder wie nicht organisierte Arbeitnehmer – einzahlen müssen. Mit diesen Mitteln werden Ausstattung, Gehälter und bestimmte Gemeinkosten wie Porto und Telefon finanziert. Die Existenz des gewerkschaftlichen Apparates wird also durch die staatliche Finanzierung gesichert und damit auch die Loyalität gegenüber den staatstragenden Parteien.

Neben den beiden Dachverbänden GSEE und ADEDY gibt es noch eine Reihe kleinerer Dachorganisationen, die bis auf die PAME über keinen größeren Anhang und Einfluss verfügen. Die PAME wurde 1999 von der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) gegründet und versteht sich als Alternative zu den beiden großen sozialpartnerschaftlichen und staatstragenden Dachverbänden.

## Die Basisgewerkschaften

Die Basisgewerkschaften in den Betrieben stellen die wichtigste Form der Arbeitnehmervertretung in Griechenland dar. Sie verfügen über gesetzlich verankerte Unterrichts-, Anhörungs- und Verhandlungsrechte. Das Gesetz sieht ferner die Einrichtung eines Betriebsrats vor. Betriebsräte haben jedoch weit weniger Macht im Betrieb als die Gewerkschaften und sind außerhalb von größeren Unternehmen kaum vorhanden. Die gesetzlichen Rechte der im Betrieb vorhandenen Basisgewerkschaft bilden die Grundlage für die Arbeitnehmervertretung in Griechenland. Mit dem Gesetz über Gewerkschaftsdemokratie (1982) wurden den Basisgewerkschaften weit reichende Informations- und Konsultationsrechte und im Jahr 1990 auch ein Verhandlungsrecht gewährt.

Die Verfahrensweise der Basisgewerkschaft ist durch präzise gesetzliche Vorschriften geregelt. Sie muss einen Exekutivausschuss wählen. Die Anzahl der Mitglieder des gewerkschaftlichen Exekutivausschusses ist nicht gesetzlich geregelt, aber das Gesetz schreibt vor, wie viele von ihnen einen besonderen Kündigungsschutz genießen. Diese Zahl richtet sich nach der Größe des Betriebs.

In Griechenland nehmen betriebliche Gewerkschaftsvertreter nicht nur grundlegende gewerkschaftliche Aufgaben wie das Einsammeln der Mitgliederbeiträge wahr, sondern genießen auch Unterrichts-, Anhörungs- und Verhandlungsrechte, wobei diese allerdings ziemlich allgemein definiert sind. Ferner haben die Gewerkschaftsvertreter als Teil des Verhandlungsprozesses ein Auskunftsrecht über die Wirtschaftslage und -strategie sowie über die Personalpolitik des Unternehmens. Die Gewerkschaftsvertreter sind vor der Durchführung folgender Maßnahmen anzuhören: Massenentlassungen, Änderungen der Rechtsform des Unternehmens und Änderungen der Arbeitsbedingungen, wobei beide Seiten mit dem Ziel einer Einigung verhandeln sollten.

Die Vormachtstellung der Gewerkschaft im Entscheidungsfindungsprozess zeigt sich daran, dass der Arbeitgeber und die Gewerkschaft zu allen vorstehend genannten Angelegenheiten Vereinbarungen aushandeln können, die dann Vorrang vor etwaigen Vereinbarungen mit dem Betriebsrat haben.

## Tarifverhandlungen in Griechenland

In Griechenland werden Tarifverhandlungen vor allem auf drei Ebenen geführt: auf nationaler Ebene für die gesamte Wirtschaft; auf Branchenebene für die einzelnen Wirtschaftszweige; und auf Ebene der einzelnen Unternehmen. Im Rahmen dieser Verhandlungsstruktur wurde auf nationaler Ebene ein landesweites Tarifabkommen abgeschlossen, das unter seiner griechischen Abkürzung EGSSE bekannt war. Dieses Abkommen, das den Mindestlohn festlegte, diente als Grundlage für Verhandlungen zunächst auf Branchenebene und anschließend in den Unternehmen, bei denen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer ausgehandelt werden konnten. In der Vergangenheit wurde auf nationaler Ebene in der Regel alle zwei Jahre ein Abkommen ausgehandelt, als Grundlage für Verhandlungen auf den anderen Ebenen, bei denen bessere Bedingungen ausgehandelt werden konnten.

Nach der Krise Ende 2009 und Anfang 2010, die die griechische Wirtschaft an den Rand des Abgrunds gebracht und den IWF und die EU zu ihrem Rettungspaket veranlasst hatte, wurden Maßnahmen ergriffen, die diese Verhandlungsstruktur grundlegend verändert haben.

Das nationale Tarifabkommen wurde im Juli 2010 nach langwierigen Diskussionen abgeschlossen. Aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage stimmte der Gewerkschaftsbund GSEE einer Nullrunde bis Juli 2011 zu, und für den Zeitraum von Juli 2001 bis Juli 2012 wurde vereinbart, dass die Lohnerhöhungen die durchschnittliche prognostizierte Inflationsrate in der EU nicht übersteigen. Das Abkommen wurde per Gesetz für rechtsverbindlich erklärt, aber statt wie bisher als Grundlage für Verbesserungen zu dienen, legt es Obergrenzen für alle Vereinbarungen auf Branchen- und Unternehmensebene fest. Die Tarifparteien auf diesen Ebenen dürfen also die im nationalen Tarifabkommen festgelegten Lohnerhöhungen – bis Juli 2011 ein Lohnstopp und anschließend nicht mehr als die Inflationsrate in der EU – nicht überschreiten. Im Dezember 2010 wurde ein weiteres Gesetz erlassen, dass die grundlegende Struktur der Tarifverhandlungen in Griechenland weiter geändert hat. Während es früher auf Unternehmensebene gesetzlich nur möglich war, bessere Bedingungen als in den Tarifvereinbarungen auf nationaler und Branchenebene auszuhandeln, können die Verhandlungsparteien in den Unternehmen nun schlechtere Bedingungen vereinbaren. Die Möglichkeit, Branchenvereinbarungen für allgemeinverbindlich zu erklären, wurde ebenfalls abgeschafft.

## Die Zerschlagung des Tarifrechts – ein Angriff auf die Existenz der Gewerkschaften

Im März 2012 wurden die bisherigen tariflichen und gewerkschaftlichen Rechte noch weiter radikal eingeschränkt. Beispielsweise wurde der zwischen Unternehmervverbänden und Gewerkschaften ausgehandelte Mindestlohn per Regierungs- und Parlamentsbeschluss von 750 auf 590 Euro im Monat abgesenkt. Das an den Mindestlohn gekoppelte Arbeitslosengeld sinkt von 460 auf 320 Euro.

Die sozialen Verhältnisse in Griechenland gleichen in vielen Bereichen mittlerweile Zuständen, wie wir sie bisher nur aus Ländern der »Dritten Welt« kannten. Der Lebensstandard für die Lohnabhängigen wurde auf das Niveau der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gedrückt. Doch damals waren Löhne und soziale Absicherungen nicht in Gefahr. Sie wurden weiter ausgebaut; es ging ökonomisch und sozial aufwärts. Selbst zu Zeiten der Militärdiktatur (1967 – 1974) gab es keine derart tiefen sozialen Einschnitte. Der nach 1974 entstandene Klassenkompromiss wurde im



Zuge der jüngsten Wirtschaftskrise in Griechenland angekündigt. Heute gibt es keine kapitalistische Lösung der Krise, die nicht in den nächsten Jahren auf einen weiteren Abbau des bereits brutal abgesenkten Lebensstandards hinauslaufen würde.

Die Wirtschaftskrise hat den griechischen Gewerkschaften den Boden unter ihren Füßen weggezogen. Durch den ökonomischen – sprich gewerkschaftlichen – Kampf lassen sich Löhne und soziale Absicherungen nicht mehr erfolgreich verteidigen. Zudem sehen sich die Gewerkschaften dem direkten Angriff durch die griechische Regierung ausgesetzt. Die unter dem Druck der Troika gefassten Parlaments- und Regierungsbeschlüsse verletzen nicht nur die griechische Verfassung und bisher geltenden demokratische und parlamentarische Spielregeln – sie setzen mit den beschlossenen Lohnsenkungen auch die Tarifautonomie außer Kraft. Den griechischen Gewerkschaften wurden faktisch alle tariflichen Mittel aus der Hand geschlagen. Das kollektive Arbeitsrecht wird demontiert weil es mit der Krisenlösung kollidiert, wie sie von der Troika diktiert wird. Die Regierungsbeschlüsse beseitigen nicht nur kollektive Arbeitsrechte, ihre Auswirkungen drohen die Existenz der Gewerkschaften selbst in Frage zu stellen.

Um die materiellen Interessen ihrer Mitglieder – und letztendlich sich selbst – verteidigen zu können, müssten die Gewerkschaften ihren bisherigen Kurs aufgeben. An die Stelle der tariflichen Interessenvertretung innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung, dem die Grundlagen entzogen wurden, müsste der Kampf gegen das Krisenmanagement und die Regierung selbst treten. Das aber wäre eine politische Auseinandersetzung in der zugleich die Grundsatzfrage nach der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgeworfen würde. Aus sich selbst heraus werden die Gewerkschaften einen solchen Kurswechsel nicht vollziehen können, zumal die Dachverbände ihre gewerkschaftlichen Apparate durch den Staat finanziert bekommen. Am ehesten in den Basisgewerkschaften wird sich der, durch die Krise entstandene, politische Gärungs- und Radikalisierungsprozess niederschlagen.

## **Europaweite Solidarität – am Beginn eines Weges mit vielen Hindernissen**

Im Kampf um ihre sozialen und gewerkschaftlichen Rechte stehen die griechischen Lohnabhängigen einer Regierung gegenüber, die in ihren Entscheidungen längst nicht mehr frei agieren kann. Sie sieht sich nicht nur dem finanziellen Druck der Finanzmärkte ausgesetzt, sie ist dem politischen Diktat der Troika unterworfen. Ein auf Griechenland beschränkter sozialistischer Ausweg aus der Krise ist kaum möglich. Die griechische Wirtschaft ist viel zu schwach, um sich aus der engen Verflechtung innerhalb der EU lösen zu können. Ein isolierter Versuch in diese Richtung würde wohl rasch an den inneren und äußeren Feinden einer sozialistischen Umwälzung scheitern.

In Italien, Spanien und Portugal sehen sich die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften ähnlichen Angriffen ausgesetzt. Die von der EU geforderten »Strukturanpassungsmaßnahmen« zielen alle in die gleiche Richtung. Neben harten, sozialen Einschnitten sollen die gewerkschaftliche Mittel der Gegenwehr eingeschränkt oder beseitigt werden. »Griechenland ist die Ratte im europäischen Reform-Labor«, so Apostolos Kapsalis vom Forschungsinstitut des griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE. »Hier wird geprüft, was an Abbau so geht.«<sup>2</sup> In ähnlicher Weise äußerte sich Apostolos Kapsalis und der Stahlarbeiter Panagiotis Kats-

aros sowie die Journalistin der linksliberalen Tageszeitung Eleftherotypi auch auf der Griechenland-Veranstaltung in Berlin. Sie warnten vor den Folgen für die Lohnabhängigen in anderen Ländern, sollte »das EU-Experiment« in Griechenland für das Kapital erfolgreich verlaufen. Zugleich forderten sie Solidarität der Arbeiterklassen aus anderen EU-Staaten ein – nicht nur aus Mitgefühl mit den griechischen Lohnabhängigen, sondern auch zur Wahrung der eigenen Interessen.

Es gibt sicherlich in vielen Ländern klassenbewusste und politisch denkende Kräfte in den unterschiedlichsten gewerkschaftlichen Organisationen, die das ähnlich sehen. Aber sie verfügen nicht über den gesellschaftlichen Einfluss, um den Abwehrkämpfen eine politische Richtung zu geben oder sie gar länderübergreifend zu koordinieren. Die großen gewerkschaftlichen Dachverbände in Europa stellen sich dieser Aufgabe nicht. Wo sie, wie jüngst in Spanien oder Griechenland, zu Generalstreiks aufrufen, geschieht dies unter dem Druck der Massenstimmung, der sie ein Ventil verschaffen. In ihrer politischen Ausrichtung und ihrem Selbstverständnis unterscheiden sie sich im Grundsatz nicht von den DGB-Gewerkschaften. Sie suchen nicht die Auseinandersetzung mit der eigenen Regierung und der herrschenden Klasse, sondern den Kompromiss mit ihnen. Die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene – soweit es sie überhaupt gibt – beispielsweise im Europäischen Gewerkschaftsbund oder in europaweiten Konzernbetriebsräten, dient der Absicherung und Vertiefung sozialpartnerschaftlicher Strukturen.

Diese Ausgangsbedingungen lassen sich nicht ad hoc überwinden. Wir können nur versuchen gewerkschaftliche und politische Kontakte zu knüpfen, auszubauen und zu vertiefen, um punktuell Solidarität zu üben – wie beispielsweise gegenüber den griechischen Stahlarbeitern oder der Belegschaft der Zeitung Eleftherotypi. In Zusammenarbeit mit diesen Kontakten gibt es viele Möglichkeiten die KollegInnen in Deutschland über die Verhältnisse in anderen Ländern zu informieren, um ihnen die gemeinsamen Klasseninteressen und den Gedanken der internationalen Solidarität nahe zu bringen.

B, 21.4.2012 ■

2 (FR vom 23.03.2012)

# Die parlamentarischen Linksparteien in Griechenland

## KKE – Kommunistische Partei Griechenlands

Die KKE (Kommounistiko Komma Elladas) ist die klassische (früher sagte man: moskauorientierte) kommunistische Partei Griechenlands, die ihr Ansehen heute noch in beträchtlichem Maße aus ihrer historischen Rolle im antifaschistischen Widerstand in der deutschen Besatzungszeit und dem anschließenden, von USA und Großbritannien geschürten Bürgerkrieg bezieht. Ihr Zentralorgan ist die Parteizeitung »Rizospastis«. Die Stärke im 2009 gewählten Parlament wird mit 21 Sitzen von 300 angegeben. Sie vertritt den traditionellen Alleinvertretungsanspruch der Führung des Proletariats und erschwert mit dieser Fixierung nachhaltig linke Bündnispolitik.

Sie lehnt die Europäische Union als »Union der Monopole« ab, war von Anfang an gegen den griechischen Beitritt zur Eurozone und fordert weiterhin den Austritt aus dem Euro und aus der EU. Sie will »die Schatzhöhlen der Plutokratie ausräumen«, alle Monopole vergesellschaften (offenbar auf internationaler Ebene), Selbstbefreiung aus der EU, einseitige Abschreibung aller Staatsschulden und »Verabschiedung vom internationalen Kapitalmarkt« dank der »Arbeiter- und Volksmacht« (Kathimerini vom 24. Februar). Ein Großteil ihrer Wähler hält allerdings die Rückkehr zur Drachme für keine gute Idee.

## Syriza – linke Sammlungsbeziehung

Syriza wurde 2004 als linke Sammlungsbeziehung um die seit den frühen neunziger Jahren bestehende Linkspartei Synaspismos gegründet und endgültig 2007 konstituiert. Der Ursprung entspricht etwa der »eurokommunistischen« Richtung. Synaspismos für sich genommen vertritt ökologische, feministische und pazifistische Inhalte. Zu den weiteren Bestandteilen des Bündnisses Syriza gehören Abspaltungen der KKE, der PASOK, der Grünen sowie trotzkistische und maoistische Gruppen. Im 2009 gewählten Parlament hält Syriza 13 Sitze.

Die wichtigste Differenz zur KKE ist die Frage: Euro oder Drachme. Alle Wirtschaftsexperten der Syriza argumentieren, dass die Rückkehr zur Drachme für das Land und erst recht für die ärmeren Schichten eine Katastrophe wäre. Konkreter ist die Forderung einer Streckung des Sparprogramms durch ein Zinsmoratorium: Griechenland solle erlaubt sein, drei Jahre lang jährlich 17 Milliarden Euro für seinen Schuldendienst in wachstumsfördernde Maßnahmen zu stecken. Auch dieser Vorschlag zeigt, dass die Syriza immer noch auf einen Verhandlungsspielraum mit den Eurozoneländern hofft und Griechenland unbedingt in der Eurozone halten will.

## DIM.AR – neuer Faktor im linken Lager

Die Demokratische Linke (DIM.AR) ist eine Abspaltung von Syriza, die ihre »gemäßigten«, den realpolitischen Zwängen unterliegenden Parlamentarier verliert, und wurde vor knapp zwei Jahren gegründet. Ihr Vorsitzender Fotis Kouvellis liegt in Umfragen mit 56% an der Spitze aller griechischen Politiker noch vor dem zweitpopulärsten, nämlich Ministerpräsident Papadimos, und vor dem ND-Führer Samaras. Noch überraschender ist, dass die DIM.AR. bei der »Sonntagsfrage« von Anfang Februar bei 18% liegt. Sollte sie diese Momentaufnahme bei den Wahlen bestätigen, würde die Partei statt ihrer heutigen vier Mandate zwischen 40 und 50 Parlamentssitze erobern.

Die Demokratische Linke könnte bei Neuwahlen die stärkste der Linksparteien werden, weil sie die enttäuschten PASOK-Wähler am besten ansprechen kann, vor allem diejenigen, die das Sparprogramm schrecklich finden und dies auch demonstrieren wollen, zugleich aber im Zweifel den Ausschluss aus der Eurozone nicht riskieren wollen. Das heißt nicht unbedingt, dass ihre Wähler damit ausdrücken wollen, die Partei solle »zur Not« einer Großen Koalition beitreten, falls es ND und Pasok nicht zu einer parlamentarischen Mehrheit reicht. Aber viele Beobachter glauben, dass sie dazu letzten Endes bereit wäre.

Eine linke Regierung unter Einschluss der KKE würde die DIM.AR. selbst dann nicht anstreben, wenn diese arithmetisch möglich wäre.

## Verachtung des Parteiensystems

Alle Umfragen der letzten beiden Jahre lassen erkennen, dass die größte griechische Partei die der Nichtwähler ist. Ihr Potential liegt auch jetzt noch bei 30%, und ein Großteil von ihnen sind »bewusste« und keinesfalls gleichgültige Wahlverweigerer. Sie drücken ein allgemeines Misstrauen gegen das »politische System« aus, das in ihren Augen auch die etablierten Parteien der Linken umfasst. Eine der wichtigsten Indikatoren der politischen Stimmung in Griechenland ist, dass keine der Parteien hinreichendes Vertrauen genießt. Über jede von ihnen hat eine Mehrheit der befragten Bürger eine negative Meinung: bei der Pasok sind es 89%, bei der Laos 76%, bei der KKE 69%, bei der ND 68% und bei der Syriza noch immer 60%. In keinem anderen Land Europas ist die »Parteienverdrossenheit« so eindeutig dokumentiert.

Quelle: Nils Kadritzke, u.a. auf den »Nachdenkseiten«





■ EINE VERANSTALTUNG IM HAUS DER BERLINER IG METALL

# Griechenland: Demokratie unter Beschuss

Zwei gewerkschaftliche Gremien (der Arbeitskreis Internationalismus in der IG Metall und der Berliner Fachbereich 8 von ver.di) sowie die Gruppe ‚Real Democracy Now! Berlin/GR‘ hatten die Initiative ergriffen und die Veranstaltung geplant. Mit 150 TeilnehmerInnen hatten die Organisatoren gerechnet; es waren schließlich 300 BesucherInnen, die sich am 13. März im großen Saal des Berliner IG Metall-Hauses einfanden. Sie wollten sich aus erster Hand über den Widerstand gegen das Spardiktat der Troika in Griechenland informieren. Anders, als über die Berichterstattung durch Print- und TV-Medien möglich, vermittelte der Abend einen faktenreichen, aber auch emotional ansprechenden Einblick in die Verhältnisse in Griechenland.

Die Veranstaltung blieb nicht ohne Resonanz. Auf der Delegiertenkonferenz der Berliner IG Metall, die einige Tage später stattfand, wurde die Solidarität mit den griechischen Gewerkschaften zum Thema. Mit zwei Gegenstimmen wurde eine Resolution *»Für den Erhalt der Arbeitnehmerrechte in Griechenland«* angenommen. Dort heißt es u.a.: *»Die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfond haben mit historisch beispiellosem Druck die massive Einschränkung von Arbeitnehmerrechten zur Bedingung für Hilfen für Griechenland gemacht. [...] An den griechischen Kolleginnen und Kollegen wird ein Exempel statuiert. [...] Glückt dieses Experiment in Griechenland, wird versucht werden, den sozialen Kahl-schlag in weiteren Ländern Europas durchzusetzen. Auch wir in Deutschland werden auf Dauer von solchen reaktio-nären Bestrebungen nicht verschont werden. [...] Wir fordern den Vorstand der IG Metall und den EMB auf, Solidaritäts-aktionen in Europa mit anderen Organisationen jetzt neu zu organisieren, und verpflichten uns, hieran selbst aktiv mitzuwirken!«*

Auch von griechischen Gewerkschaftsvertretern gab es eine Reaktion – die griechische Journalistenvereinigung bedankte sich für die auf der Veranstaltung zum Ausdruck gekommene Unterstützung (siehe Kasten Seite 13). Eine spontane Spendensammlung erbrachte über 900 Euro für die streikenden Stahlarbeiter und die Belegschaft der Tageszeitung ‚Eleftherotypia‘.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch ein Referat von Gregor Kritidis über die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge. Die Referate der Gäste aus Griechenland beleuchteten die sozialen und politischen Folgen der Kapitaloffensive und gaben einen Einblick in den momentan stattfindenden Widerstand. Das Referat von Dierk Hirschel, Chefökonom beim ver.di-Bundesvorstand, löste eine heftige Kontroverse über die Rolle der deutschen Gewerkschaften aus (siehe Kommentar am Schluss des Berichtes). Wir dokumentieren die Referate in leicht gekürzter Fassung.

**Gregor Kritidis, Sozialwissenschaftler aus Hannover, skizzierte in seinem Einführungsreferat die Auswirkungen der Krise auf Griechenland und dessen soziale und politische Folgen:**

**»Die parlamentarische Demokratie ist kaum mehr eine Attrappe, hinter der sich der autoritäre Maßnahmestaat formiert«**

»Wenn von der Griechenland-Rettung gesprochen wird, sind damit zwei Unterstellungen verbunden:

1. Dass es eine spezifisch griechische Krise gibt;
2. dass mit den Rettungspaketen von EU und IWF die Menschen in Griechenland vor Schlimmerem bewahrt werden sollen.

Am ersten Aspekt ist nur soviel richtig, dass die gegenwärtige allgemeine Krise in der EU ihren zugespitzten Ausdruck in Griechenland gefunden hat.

[...] Die Ausdehnung des Kredits – etwa durch Finanzderivate – ist ein Mittel, die Kette, welche die Produktion an den Endverbrauch bindet, zu verlängern. Die private und öffentliche Verschuldung zur Ausdehnung der Nachfrage hat aber eine Grenze, die gegenwärtig erreicht ist. Wir sind nun mit den Folgen des kreditfinanzierten Wachstums der letzten Jahrzehnte konfrontiert.

Zweitens handelt es sich im Kern um eine Rettung von Banken, Versicherungen und anderen institutionellen Anlegern, und zwar zu Lasten der Mittel- und Unterschichten in Griechenland und in den anderen Ländern der EU. Griechenland ist das Testfeld für die Krisenpolitik der EU.

Profitiert von der ökonomischen Entwicklung der letzten Jahre haben die griechischen Oberschichten, die praktisch keine Steuern bezahlt haben. Allein in der Schweiz haben griechische Privatleute gut 200 Mrd. Euro an Guthaben gebunkert. Profitiert haben auch die deutschen und französischen Konzerne, die an den großen Infrastrukturprojekten in Griechenland beteiligt waren und dabei die staatstragenden politischen Parteien in Griechenland mit dreistelligen Millionensummen geschmiert haben.

Profitiert haben auch die Rüstungskonzerne, die in großem Umfang Panzer, Fregatten, U-Boote und Kampfflugzeuge nach Griechenland geliefert haben. Noch 2010 hat der griechische Staat eine Mrd. Euro für Rüstungsgüter verausgabt, und zwar, wie Daniel Cohn-Bedit im EU-Parlament bekannt gegeben hat, weil die deutsche und die französische Regierung zur Auflage für das so genannte Rettungspaket gemacht haben, dass die Rüstungsaufträge nicht storniert werden.

Profitiert haben auch die zentraleuropäischen Exportindustrien; aufgrund des Beitritts Griechenlands zur Euro-

Zone war es nicht möglich, mit dem Mittel der Währungsabwertung die einheimischen Industrien zu schützen. Durch niedrige Zinsen wurde zudem der private und öffentliche Konsum auf Pump begünstigt. [...]

Es kann keine Rede davon sein, dass die Mehrheit der griechischen Bevölkerung über ihre Verhältnisse gelebt habe; der griechische Sozialstaat, wenn man davon überhaupt reden kann, ist seit Jahrzehnten strukturell unterfinanziert. Die Kampagne gegen die »faulen Griechen« hatte vor allem den Zweck, die Etablierung eines autoritären Regimes in Griechenland durchzusetzen.

Die Kreditverträge vom Mai 2010 zwischen den Staaten der Eurozone und dem IWF auf der einen Seite und dem griechischen Staat auf der anderen sprechen eine deutliche Sprache. Selbst Abgeordnete und Funktionäre der seinerzeit allein regierenden PASOK reden mittlerweile von einem Staatsstreich, mit dem in Griechenland die bürgerlichen Eliten, die Troika, bestehend aus Vertretern der EU, der EZB und des IWF, sowie durch die von dem Deutschen Horst Reichenbach geleitete »Task-Force« faktisch die Macht übernommen und eine drakonische Austeritätspolitik umgesetzt haben.

[...] Mit dem Vertragswerk wird der Regierung in Athen genau vorgeschrieben, in welchem Zeitraum welche Maßnahme zu treffen ist. Praktisch alle Gesetze, seien sie steuer-, struktur- oder ordnungspolitischer Natur, werden von der Troika vorgegeben. Ob Eingriffe in die Tarifautonomie, die Zusammenlegung von Kommunen oder Sondersteuern aller Art – es gibt quasi für alle Bereiche staatlicher Tätigkeit ein Durchgriffsrecht aus Brüssel. Ganz Griechenland mitsamt allen mobilen und immobilen Sachwerten ist zudem praktisch verpfändet. Es gibt auch keine Möglichkeit, die Kreditverträge nachträglich zu modifizieren oder juristisch anzufechten. Sie unterliegen auch nicht etwa EU-Recht, wie man annehmen sollte. Grundlage ist vielmehr das britische Recht, das die Position des Gläubigers besonders stärkt. [...]

Diese juristische Zwangsjacke, die dem griechischen Staat angelegt worden ist, hat vor allem drei Ziele: Erstens geht es darum, die Eigentumsverhältnisse neu zu ordnen, sprich: um die Privatisierung der öffentlichen Betriebe zugunsten der großen Kapitalgesellschaften in Europa. Zweitens sollen die griechischen Lohnabhängigen diszipliniert und die Lohn- und Sozialkosten minimiert werden. Drittens geht es um die Erschließung profitabler Anlagemöglichkeiten, etwa im Bereich der regenerativen Energien oder durch den Bau von Altersresidenzen für vermögende Nordeuropäer.

Dem massiven Widerstand gegen diese Politik ist mit autoritären Mitteln, mit der Aufhebung demokratischer und sozialer Rechte begegnet worden. Die Inthronisierung von Lukas Papadimos als Ministerpräsidenten ist in dieser Hinsicht bezeichnend. Als Gouverneur der griechischen Notenbank und Vizepräsident der EZB ist er für die gegenwärtige Krise mitverantwortlich. Dass die faschistische LAOS bis Februar Mitglied der Regierungskoalition war, wirft einerseits ein deutliches Licht auf das gegenwärtige Regime und zeigt andererseits, wie weit die jetzigen Regierungsparteien bereits an Legitimität eingebüßt haben. Die parlamentarische Demokratie ist kaum mehr eine Attrappe, hinter der sich der autoritäre Maßnahmestaat formiert. [...] Das, was in Griechenland praktiziert wird, ist der Vorgesmack auf das, was uns in der gesamten EU blüht: Der Weg in den Maßnahmestaat, der sich souverän über soziale und demokratische Rechte hinwegsetzt. ■

**Seit Oktober 2011 wehrt sich die Belegschaft des Stahlwerkes Elliniki Chalywurgia gegen eine Absenkung ihrer Löhne und die Außerkraftsetzung ihres Tarifvertrages. Die Unternehmensleitung antwortete auf den Arbeitskampf mit der Entlassung von streikenden Kollegen. Panagiotis Katsaros berichtete über seine Erfahrungen im Arbeitskampf:**

**»Das Kapital wird nicht anhalten, bevor es nicht alle Arbeiterrechte niedergewalzt hat«**

»[...] Wir haben in Griechenland zuerst gewerkschaftliche Basisorganisationen, die direkt von den Beschäftigten des jeweiligen Unternehmens gewählt werden. Zuerst möchte ich Ihnen die herzlichen Grüße der Stahlarbeiter übermitteln, die seit 135 Tagen auf der Straße sind. Sie sind so lange auf der Straße, weil sie nicht bereit sind hinzunehmen, dass die Löhne gesenkt und die Tarifverträge gebrochen werden, wie es vom Unternehmen gefordert wurde. So leisten wir den Mechanismen der Arbeitgeberschaft Widerstand.

Als das Unternehmen mit Entlassungen reagierte, fühlten wir uns in unserem Kampf bestärkt und noch stärker geeint. [...] Die Beschlüsse zur Mobilisierung wurden von allen Beschäftigten einstimmig beschlossen, auch wenn wir die ganze Zeit über den Regierungsapparat gegen uns hatten, der fest an der Seite der Arbeitgeber stand. Leider waren auf Seiten der Regierung und der Arbeitgeber auch die gewerkschaftlichen Dachorganisationen, die GSEE und die Föderation der Metallarbeiter. Die erstere, die GSEE, steht statt den Arbeitern der Regierung bei. Deshalb habe ich zu Anfang die Basisorganisationen genannt. Es sind die gewerkschaftlichen Organisationen in Griechenland, die vor Ort, im Betrieb, die ganze Arbeit leisten. Die meisten von ihnen versuchen mit Klassenbewusstsein die Rechte der Beschäftigten zu verteidigen. [...]

Wir haben mit vielen Demonstrationen versucht, auf das Anliegen der Stahlarbeiter aufmerksam zu machen, und wir glauben, dass es nicht nur eine Angelegenheit der Stahlarbeiter, sondern der gesamten arbeitenden Bevölkerung ist – nicht nur in Griechenland, sondern in ganz Europa. Griechenland ist lediglich der Beginn des Experiments. Wir erleben als streikende Stahlarbeiter eine große Welle der Solidarität. Das zeigen die 4.500 Solidaritätsbekundungen, die wir bis heute aus aller Welt erhalten haben. Als Zeichen der Solidarität haben wir ebenfalls mehrere Tonnen Lebensmittel erhalten, die an die Familien der Streikenden verteilt werden. Wir erhielten auch Geldspenden von klassenbewussten Menschen, mit denen wir soziale und gesundheitliche [in den Familien der Streikenden] lösen können. Wir haben uns in diversen Kommissionen organisiert, wie z.B. die Kampfkommission, die der betrieblichen Gewerkschaftsleitung bei ihren Aufgaben hilft, wie bei Verwaltung und Verteilung der Lebensmittel an alle Streikenden. Die wichtigste ist die Kommission, die aus den Frauen der Stahlarbeiter besteht. Gemeinsam haben wir eine Parole in die Tat umgesetzt, nämlich dass sich kein Zahnrad drehen wird ohne uns.

Zum Schluss möchte ich sagen, dass die Maßnahmen, die in Griechenland ergriffen wurden auch in anderen Ländern durchgeführt werden sollen. Das Kapital wird nicht anhalten, bevor es nicht alle Arbeiterrechte niedergewalzt und die Arbeiterklasse in die Verelendung getrieben hat. Die klassenbewussten Arbeiter müssen sich organisieren und wehren, damit ihnen die erkämpften Rechte nicht genommen werden. So soll der Streik der Stahlwerker einfach nur ein Funke sein, der unseren Kampf nicht nur in Griechenland, sondern in Europa ausbreitet. Lasst uns ganz Europa zu einem griechischen Stahlwerk machen. ■



**Ebenfalls seit Monaten im Arbeitskampf befindet sich die Belegschaft der Tageszeitung ‚Eleftherotypia‘. Die Redakteurin Konstantina Daskalopoulou gab eine Schilderung des Streikverlaufs wie auch der sozialen und politischen Spannungen in ihrem Land:**

**»Wenn wir die Medien in Griechenland betrachten, müssen wir uns das als eine bombardierte Landschaft vorstellen«**

»[...] In Griechenland findet ein neoliberales Experiment statt. Es findet nicht statt, um dort zu verbleiben. Der letzte Text, den ich für die Zeitung ‚Eleftherotypia‘ geschrieben habe, wurde am 14. Dezember gedruckt. Es war eine große Reportage über Elliniki Chalywurgia, das Stahlwerk. Eine Woche später haben wir auch einen Streik begonnen, der bis heute andauert. [...]

Wenn wir die Medien in Griechenland betrachten, müssen wir uns das als eine bombardierte Landschaft vorstellen. Die Lohnkürzungen, die meine Kollegen ertragen müssen, reichen bis zu 40 Prozent. Andere sind seit über einem Jahr unbezahlt. Unsere Gewerkschaften sprechen von 4.000 verlorenen Arbeitsplätzen in den letzten Jahren. Wie Sie sich vorstellen können, ist der Werbemarkt am Zusammenbrechen. [...] Die Werbegesellschaften gehen eine nach der anderen in Konkurs, und ihnen folgen die kleinen Agenturen.

Die Journalisten, die weiterarbeiten können und bezahlt werden, leben unter einem Regime der dauerhaften Erpressung. [...] Laut der »Reporter ohne Grenzen« gibt es in Griechenland nun ein ernsthaftes Problem mit der Freiheit der Presse. Es handelt sich um eine Unternehmung zur Beseitigung des freien Journalismus mit dem Ziel der Kontrolle der Medien. Die Arbeitnehmer in der Presse sind den gleichen Angriffen wie alle anderen Arbeitnehmer ausgesetzt. Das Memorandum bedroht auch unsere Versicherungskassen. Die Regierung belohnt die Großverleger, z.B. in dem sie die Pflicht abschafft, dass sie ihre Bilanzen vorlegen müssen. Die kleinen Zeitungen werden in den Konkurs getrieben. Während die Regierung verkündet, das Land zu retten, indem sie die Renten von Omas und Opas kürzt, um 400 Mil-

**ΑΠΕΡΤΟΥΜΕ**  
**1-2-3 ΔΕΚΕΜΒΡΙΟΥ 2011**

**Διεκδικούμε:**  
**Τα δεδουλευμένα τεσσάρων μηνών**

- Την ένταξη στην μισθοδοσία των συναδέλφων που εργάζονται με μπλοκάκια και καλύπτουν πάγιες και διαρκείς ανάγκες.
- Την πλήρη και ειλικρινή ενημέρωση των εργαζομένων για όλα τα οικονομικά μεγέθη, τις κινήσεις και τους σχεδιασμούς της εταιρίας.

**Γιατί η ψυχή της εφημερίδας,  
είναι οι εργαζόμενοι της**

*Εργαζόμενοι της*  
**ΕΛΕΥΘΕΡΟΤΥΠΙΑΣ**

---

**Plakat vom Streik im Dezember:**  
**»Die Seele einer Zeitung, das sind ihre Arbeiter«**

lionen Euro einzusparen, verschenkt sie TV-Frequenzen, statt sie zu verpachten oder zu verkaufen. Das würde 400 Millionen Euro in die öffentlichen Kassen bringen.

Ich komme nun zur Zeitung ‚Eleftherotypia‘. [...] Es ist eine große Zeitung. Was sie von den anderen Zeitungen unterscheidet, ist, dass die Verlagsgesellschaft keinen anderen Geschäften nachgeht. Sie baut keine öffentlichen Gebäude, sie besitzt keine Schiffe. Die zweite Eigenschaft war, dass es sich um eine freie Zeitung gehandelt hat. Man konnte dort Meinungen von Redakteuren lesen, die bis hin zum Maoismus oder Anarchismus reichten.

Am 15. Juli trat unsere Zeitung offiziell in die Krise ein. Uns wurde mitgeteilt, dass die Zeitung kein Darlehen mehr

## **Athen, den 16 März 2012, Liebe Freunde und Mitstreiter,**

[...] Als Vorsitzender des Bundes griechischer Journalisten/innen möchte ich darauf hinweisen, dass seit zwei Jahren unsere Branche unter der brutal arbeitfeindlichen Politik der Troika zu leiden hat. Unsere Lohn- und Gewerkschaftsrechte werden systematisch unterwandert. Die Anzahl der arbeitslosen Journalisten beträgt mehr als 1000, die Löhne wurden um 20-35% gekürzt, die Tarifverträge werden, unter dem Segen der Troika, von Seiten der Regierung und der Arbeitgeber verletzt, und es wird gezielt versucht, sowohl in den staatlichen als auch in den privaten Medien, sie durch nachteilige Individual- oder Betriebsverträge zu ersetzen. Die Herabsetzung unseres Lebensstandards sowie die alltägliche Verletzung unserer beruflichen und persönlichen Würde werden durch Kürzungen im Gesundheitssektor und willkürliche Raubzüge auf unsere Krankenkasse (mehr als 53,5% der Spareinlagen wurden unserer Krankenkasse entzogen) intensiviert. Dieser dramatischen Lage zum Trotz kämp-

fen die Streikenden der »Eleftherotypia«, des TV-Senders »ALTER« bzw. der Zeitung »Kosmos tou ependyti« weiter und fordern Auszahlung ausstehender Löhne, die Wiedereinstellung gefeuerter Kollegen/innen und den Respekt der Gewerkschaftsrechte. Ziel des von der Troika und der Regierung initiierten Angriffs auf die Medien ist das Verstummen der kritischen Publizistik sowie die Beeinträchtigung der Ausübung jeglicher Art freien Journalismus. Es wird offensichtlich, dass das gleiche Ziel auch in anderen Krisenländern, wie Italien und Spanien konsequent verfolgt wird. [...] Eure erfolgreiche Veranstaltung in Berlin und euer Engagement für zukünftige Aktionen werden in Griechenland als eine klare Botschaft der Solidarität empfunden. [...] Wir lassen uns weiter bei diesem fortlaufenden Kampf von dem Vorbild der Streikenden bei »Eleftherotypia« sowie allen anderen streikenden und kämpfenden Arbeitnehmern, hierzulande und europaweit, inspirieren. Wir kämpfen weiter.

**Giorgos Savvidis**  
Vorsitzender des Bundes griechischer Journalisten

erhalten werde und sie kein Geld mehr habe, uns zu bezahlen. Es wurde eine externe Gesellschaft beauftragt, die Zeitung zu rationalisieren. Die Technokraten dieser Gesellschaften erstellten folgenden Plan: Zuallererst, die Verlagsgesellschaft werde allen finanziellen Verpflichtungen nachkommen, außer die Angestellten zu bezahlen. Zweitens, sobald ein neues Darlehen gewährt wird, kommt ein Businessplan zur Geltung, der die Entlassung der Hälfte der Mitarbeiter vorsieht. [...] Es fanden zunächst allgemeine Mitarbeiterversammlungen statt. An ihnen nahmen neben den Journalisten auch die Beschäftigten der Druckerei und die Verwaltungsangestellten teil. Sie hatten alle die gleichen Rechte bei Abstimmungen und Wahlen. Die Basis hat direkt eine Arbeitskommission gewählt, die die Aufgabe hatte:

- den Arbeitskampf, der damals begann, zu koordinieren;
- die Kontakte zur Gruppe von Rechtsanwälten zu pflegen, die uns unterstützen;
- Kontakte mit anderen Pressebelegschaften herzustellen, die vor ähnlichen Problemen standen;
- gemeinsame Aktionen mit Gewerkschaften aus anderen Branchen zu planen;
- ein Solidaritätsnetz aufzubauen, um Spenden, wie Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs zu sammeln und an bedürftige Kolleginnen und Kollegen zu verteilen.

Wir fingen mit einem 24-stündigen Streik an, dann wurden daraus 48 Stunden, dann haben wir einen dreitägigen Streik gemacht. Es war das erste Mal in der Geschichte der ‚Eleftherotypia‘, dass die Sonntagsausgabe nicht erschienen ist. Am 22. Dezember fingen wir mit den sich wiederholenden 48-stündigen Streiks an. Wir haben ein Solidaritätskonzert mit Kollegen aus anderen Medien zusammen organisiert, Theateraufführungen, und wir haben an vielen Diskussionen im ganzen Land teilgenommen – über die Medien und die Krise.

Unsere Versammlungen kamen zu dem Schluss, dass ein Bedarf besteht, mit den Lesern zusammenzukommen. Deshalb haben wir beschlossen, unsere erste Streikausgabe zu drucken. Das Blatt wurde nicht in unseren Büros gesetzt, sondern in einem kleinen Workshop außerhalb des Verlages. Unter halblegalen Bedingungen, da die Besitzer uns die fristlose Kündigung androhten, sollten wir es wagen, eine eigene Zeitung zu drucken. Deshalb sind unsere Streikausgaben anonym und tragen keine Unterschrift. Das erste Blatt wurde von Gewerkschaften im ganzen Land unterstützt und durch Mundpropaganda bekannt gemacht. Es gab keine Werbung, und 31.000 Exemplare wurden verkauft. Der Erfolg unseres Blattes hat nicht nur unseren Boss, sondern alle anderen Bosse im Land beeindruckt. Es war das erste Mal in der Geschichte des Landes, dass die Arbeitnehmer gezeigt haben, dass sie eine eigene Zeitung herstellen können. Deshalb haben wir nach diesem Erfolg beschlossen, die zweite Streikzeitung herauszugeben. Die Besitzer der ‚Eleftherotypia‘ haben sich daraufhin entschlossen, noch härter durchzugreifen. Es wurde der Antrag einer einstweiligen Verfügung gegen uns gestellt. Das war an einem Freitag, während die Streikausgabe gesetzt wurde. In der Verfügung wurde argumentiert, dass wir ein Produkt klauen. Nur haben wir nie behauptet, die ‚Eleftherotypia‘ herauszugeben, wir geben das Blatt der streikenden Belegschaft heraus.

Es gab viele, die uns fragten: Warum habt ihr ein Streikblatt verkauft, warum gebt ihr es nicht kostenlos heraus? Weil wir 800 Leute sind, wir sind seit acht Monaten unbezahlt. In diesem Zeitraum haben wir von unseren Gewerkschaften 500 Euro an Unterstützung erhalten. [...]

Da ich nun schon hier bin, möchte ich die Gelegenheit ergreifen, nicht nur über unsere Zeitung zu berichten, sondern einiges über Situation in Griechenland zu sagen. Ich möchte deutlich machen, was es praktisch für eine Gesellschaft bedeutet, worüber wir heute Abend informiert haben.««

### »Es handelt sich um einen neoliberalen Vormarsch des Kapitals gegenüber dem schwächsten Glied in Europa«

»30 Prozent der Griechen leben unterhalb der Armutsgrenze. Internationale humanitäre Organisationen, deren Arbeit in der Vergangenheit, z.B. in Somalia, von Griechenland unterstützt wurde, kommen jetzt nach Athen. Die ‚Ärzte ohne Grenzen‘ reden über eine Stadt in der humanitären Krise. Allein in Athen nehmen an den von der Kirche organisierten Volksküchen 250.000 Menschen teil. In Thessaloniki leben zehn Prozent der Bevölkerung ohne jegliches Einkommen. In den letzten Monaten erfroren fünf Leute auf den Straßen. Die Zahl der neuen Obdachlosen beträgt 20.000. Über 200.000 Menschen haben keinerlei Zugang zum Gesundheitssystem. Laut der Psychiatrischen Gesellschaft in Griechenland befinden sich sieben von zehn Griechen am Rande einer Depression. Wir haben vorhin die Frauen erwähnt und wie aktiv sie sind. Die Feministinnen aus der Generation meiner Mutter kämpften dafür, keine Kinder zu bekommen, wenn sie es nicht wollten. Bei meiner Generation ist es so, dass viele niemals Kinder bekommen werden. 35 Prozent aller Frauen in meinem Alter sind arbeitslos. In Griechenland leben mittlerweile 600.000 Kinder unter der absoluten Armutsgrenze. 2.500 Kinder wurden von ihren Eltern sozialen Einrichtungen übergeben, weil sie für deren Unterhalt nicht mehr aufkommen können.

Nach all diesen Zahlen sind ihnen sicherlich die Gründe klar, warum Hunderttausende auf die Straße ziehen. All diese Menschen stehen einer sehr brutalen Polizei gegenüber, die nicht davor zurück schreckt, Tränengas direkt in die Gesichter von alten Menschen und Kindern zu schießen. Sie schießen mit Tränengaspatronen auch innerhalb der U-Bahn. Sie prügelt auch auf Demonstranten ein, selbst wenn sie schon am Boden liegen und fixiert sind. Demonstranten mit offenen Kopfwunden, gebrochenen Rippen und Beinen gehören zum Alltag von Demonstrationen. Mein Kollege Manolis wurde an der Berichterstattung gehindert, indem er von der Polizei mit Leuchtknallkörpern attackiert wurde.

Diese Angriffe, denen sich die griechische Bevölkerung ausgesetzt sieht, betreffen auch euch – und zwar nicht aus altruistischen oder humanitären Gründen. Es handelt sich um einen neoliberalen Vormarsch des Kapitals gegenüber dem schwächsten Glied in Europa. Er nimmt seinen Anfang in Griechenland und breitet sich im ganzen europäischen Süden aus. Zeitgleich wird die Mittelklasse zusammengesprengt und geht auf die Straße – von New York bis Tel Aviv. Wir leben nun mal alle unter Kriegsbedingungen. Das ist kein nationaler Krieg. Ich weiß, dass auch Sie keine Lohn erhöhungen gesehen haben, und zwar seit zehn Jahren. Ich weiß, dass viele von Ihnen für das deutsche Wirtschaftswunder sorgen, indem sie Teilzeit arbeiten oder geringfügig versichert sind. In diesem Klassenkrieg, dem Krieg des Kapitals gegen die Arbeit, steht nicht die Frage, wer der Feind ist. Wie wir gewinnen können, darüber möchte ich mich heute mit Ihnen unterhalten.« ■





Apostolos Kapsalis (rechts), Konstantina Daskalopoulou (Dritte von rechts), Panagiotis Katsaros (Mitte), Dierk Hirschel (links)

***Professor Apostolos Kapsalis vom wissenschaftlichen Institut der griechischen Gewerkschaften beleuchtete die Auswirkungen der Regierungsbeschlüsse auf den Arbeitsmarkt, das Arbeitsrecht und die Rolle der Gewerkschaften:***

**»Keine freien Tarifverhandlungen mehr – Einkünfte und Lohnerhöhungen werden von nun an gesetzlich geregelt«**

»Alle Versuche, die öffentlichen Schulden zu reduzieren, sind misslungen. In zwei Jahren ist die Verschuldung von 120 Prozent auf 160 Prozent des BIP gestiegen. Die offizielle Arbeitslosigkeit ist von neun auf 20 Prozent gestiegen, unter den jungen Leuten unter 25 Jahren beträgt sie 51 Prozent – Tendenz steigend. Und die Rezession, das Schrumpfen der Wirtschaft, beträgt 30 Prozent in drei Jahren. Das kennt man nur von Ländern, die sich im Krieg befinden. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten haben einen Krieg gegen die Arbeiterklasse begonnen.

Wenn wir uns auf die Tarif- und Arbeitsrechte beschränken, könnte man ihre Erfolge mit folgender Parole zusammenfassen: Keine freien Tarifverhandlungen mehr. Einkünfte und Lohnerhöhungen werden von nun an gesetzlich geregelt. In der Geschichte Griechenlands wurde zum zweiten Mal die Lohnuntergrenze, der Mindestlohn, reduziert, der heute 590 Euro im Monat beträgt; für die jungen Leute 510 Euro. Zur Zeit gilt der nationale Tarifvertrag, der von den großen Dachverbänden der Gewerkschaften und der Arbeitgeber unterzeichnet worden ist. Ob dieser Tarifvertrag nun gut oder schlecht ist, er sieht für Juli 2,6% Lohnerhöhung vor. Die Troika erpresst die Gewerkschaften und fordert sie auf, einen einvernehmlichen Konsens mit den Arbeitgebern zu finden. Sie droht andernfalls damit, den nationalen Tarifvertrag außer Kraft zu setzen. Per Gesetz, das vor einem Monat verabschiedet wurde, ist es den Gewerkschaften von nun an verboten, Lohnerhöhungen durchzusetzen bis die Arbeitslosigkeit auf unter zehn Prozent sinkt, das heißt niemals.

Branchentarifverträge wurden ebenfalls stark beschränkt. Vorrang haben individuelle oder betriebliche Verträge. Wenn von nun ab ein Branchentarifvertrag ausläuft, gilt er nur noch für drei Monate fort. Danach werden nur noch der Mindestlohn und einige wenige Zuschüsse gezahlt. Wenn ich heute 1.400 Euro verdienen würde und morgen der Tarifvertrag ausläuft, wenn es dann innerhalb von drei Monaten nicht gelingt mit den Unternehmern einen neuen Vertrag zu schließen, kann es sein, dass ich von da an nur noch 600 bis 650 Euro verdiene. Diese 600 bis 650 Euro werden gelten, bis ein anderer Tarifvertrag zu Stande kommt oder bis jeder Arbeitnehmer mit seinem Arbeitgeber zu einem Individualvertrag kommt.

Das ist von großer Bedeutung. Sie haben die Dezentralisierung von Tarifverhandlungen durchgesetzt. Von Bran-

chenebene auf die betriebliche oder individuelle Ebene und auf diesen Ebenen ist der Arbeitgeber natürlich stärker, auf der individuellen ungleich stärker. Das heißt, auch meine 650 Euro sind in unmittelbarer Gefahr, weil ein betrieblicher Tarifvertrag möglich ist – und zwar zum ersten Mal in der Geschichte der griechischen Gewerkschaftsbewegung – der nicht von einer Gewerkschaft, sondern von einer einfachen Personenvereinigung abgeschlossen wurde. Diese Personenvereinigung, die drei Fünftel der Belegschaft umfassen muss, ist keine Gewerkschaft und nicht von der gewerkschaftlichen Gesetzgebung geschützt. D.h. in einem Betrieb von fünf Personen können drei erpresst werden, um so einen – in Anführungszeichen – betrieblichen Tarifvertrag durchzusetzen und zukünftig die Löhne auf 590 Euro zu drücken. Wenn dies nicht zu Stande kommt, sieht das Gesetz individuelle Verhandlungen vor. Dadurch wird in einem sehr kurzen Zeitraum die Armut drastisch steigen, da viele Menschen 60 bis 70 Prozent ihrer Einkünfte verlieren können. Es handelt sich um Hunderttausende, wenn nicht Millionen in Griechenland. [...]

Wenn ich journalistisch auf die Frage antworten würde, was sich durch das Memorandum verändert hat, welche Auswirkungen es auf die sozialen und arbeitsrechtlichen Verhältnisse hatte, dann würde ich sagen, der erste Band des Buches der neoliberalen Erneuerung Europas wurde abgearbeitet. Der erste Band wurde auf Griechisch verfasst, es wurde begonnen, ihn auf Spanisch, Portugiesisch und Italienisch zu übersetzen. Allmählich beginnt man auch mit der französischen Übersetzung. Aber es kommen noch andere Sprachen.

Der neue Darlehensvertrag, der seit 2012 gilt, ist die Einführung des zweiten Bandes der neoliberalen Barbarei. Außer der Senkung der Löhne und der Bedienung der öffentlichen Schulden besteht das grundlegende Ziel in der Desinstitutionalisierung der Gewerkschaften: Sie sollen ihre institutionell gesicherte Rolle abgeben. In diesen zwei Jahren haben wir 100 Entlassungen von Gewerkschaftlern, obwohl das Gesetz solche Entlassungen untersagt. Mit der Hilfe vieler regimetreuer Medien soll den Arbeitnehmern die Auffassung vermittelt werden, dass es zwecklos ist, sich in einer Gewerkschaft zu engagieren, wenn diese keine vernünftigen Löhne mehr gewährleisten kann. Man läuft durch gewerkschaftliches Engagement auch Gefahr, seinen Arbeitsplatz und die Existenzgrundlage der Familie zu verlieren. Die Rezession ist die Chance für das Kapital, sich für die Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu rächen. Wenn sie die Gewerkschaften niedergerungen haben, dann können sie in Europa ein arbeitsrechtliches Mittelalter – diesmal ohne Anführungszeichen – etablieren. In Griechenland versuchen wir ihnen den Kugelschreiber zu entreißen, damit wir das Nachwort, die letzten Worte schreiben. Wir haben ein technisches Problem. Wir schreiben sehr gut auf Griechisch. Sie sollten anfangen, auf Deutsch zu schreiben.« ■

***Einer der wenigen prominenten Vertreter aus den deutschen Gewerkschaften, der an dieser Veranstaltung teilnahm, war Dierk Hirschel, Chef-Ökonom beim ver.di Bundesvorstand. Er führte in seinem Referat unter anderem aus:***

**»Wir sagen, die Schuldenkrise ist im Wesentlichen eine Verteilungsfrage«**

»Mein Vorredner hat gut auf den Punkt gebracht, was wir aktuell erleben. Anders kann man es nicht zusammenfassen – es ist ein Generalangriff auf die Errungenschaften der europäischen Arbeiterbewegung. [...] Warum können die europäischen Eliten durchziehen? Warum ist dieser Generalangriff möglich nach der größten Krise seit 80 Jahren? Das liegt im Wesentlichen daran, dass die sozialen Gegenkräfte nicht in der Lage sind, auf nationaler und europäischer Ebene Widerstand zu leisten – und dabei schließe ich die Gewerkschaften mit ein. Der Widerstand sieht so aus, dass die Kollegen in Griechenland am Montag streiken, die in Spanien am Mittwoch, und am Samstag gibt es eine Solidaritätsadresse aus Berlin. Warum ist das so? Böse Zungen würden behaupten, es liegt daran, dass es so bösartige Funktionäre wie mich und viele meiner Kollegen gibt, die die Werkstore mit Ketten absperren und die revolutionären Belegschaften daran hindern, auf die Straße zu gehen. So leicht ist es nicht. Es gibt durchaus objektive Gründe, warum es schwierig ist, diesen Widerstand national und europäisch zu organisieren und ich will einige Gründe benennen. [...]

Ein Grund, warum es nicht gelingt, europaweit etwas auf die Beine zu stellen, ist nach meiner Ansicht nach die Ungleichzeitigkeit der Krise. Wir haben aktuell die Situation: Arbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien über 20%, Jugendarbeitslosigkeit 50%, einen dramatischen Einbruch der Wirtschaftsleistung und soziale Verelendung. Wir haben gleichzeitig die Situation in Wolfsburg und in Sindelfingen, dass die Auftragsbücher voll sind, die Kolleginnen und Kollegen Sonderschichten fahren und Boni kassieren in vierstelliger Höhe. [...] Es gibt natürlich auch bei uns einen Niedriglohnsektor, bei dem sich jeder Fünfte verdienen muss. Da ist die Krise zur Dauerkrise geworden. Aber auch da kann ich nicht feststellen, dass sich aus dem Niedriglohnsektor der Protest formiert. [...]

Darüber hinaus gibt es ganz unterschiedliche gewerkschaftliche Traditionen. Wir haben die Tradition des politischen Streiks in Frankreich, in Spanien und anderen südeuropäischen Ländern, und wir haben hier in Deutschland eine ganz andere Tradition. [...] Es gibt Gewerkschaften in Deutschland, der gehöre ich unter anderem an, die treten für das Recht des politischen Streikes ein. Aber wir haben keine Erfahrung in dieser Hinsicht in den letzten Jahren gesammelt. [...] Wir haben die Konfliktorientierung in Frankreich, in Spanien, in Griechenland, und wir haben die eher sozialpartnerschaftliche Orientierung in Deutschland, die zugegebenerweise in manchen Bereichen heute nicht mehr funktioniert, weil sich die Kräfteverhältnisse grundlegend geändert haben. Aber diese unterschiedlichen gewerkschaftlichen Traditionen, die unterschiedlichen gewerkschaftlichen Kulturen machen es schwierig, über die Grenzen hinaus gemeinsam zu handeln. [...] Jetzt gibt es den EGB, der die Aufgabe hat die nationalen Abwehrkämpfe zu koordinieren. Dieser EGB hat aber nichts zu sagen, wenn nicht die nationalen Dachverbände, bzw. die großen Player unter den Gewerkschaften sagen, wo es lang gehen soll. Und das ist aktuell nicht der Fall. So haben wir die Situation, dass wir heftige nationale Abwehrkämpfe in Südeuropa haben und hier Grabesruhe herrscht.

Was macht jetzt meine eigene Organisation ver.di, um das zu verändern? Ich glaube, wir haben als einzige in der deutschen Gewerkschaftsfamilie sehr früh Position bezogen zum Charakter der Krise [...]. Wir sind der Überzeugung, dass diese Krise keine Staatsschuldenkrise ist. Sondern es ist eine Krise, die ist verursacht worden durch entfesselte Finanzmärkte und durch eine Umverteilung von unten nach oben, die über Jahrzehnte fortschritt und die sich im Korsett der EU und der EU-Währungsunion massiv verschärft hat. Wir haben frühzeitig die Forderung aufgestellt, dass jetzt Schluss sein muss mit der Sparpolitik, mit der Kürzungs- und Streichpolitik, die die Krise noch verschärft. Wir haben gesagt, wir brauchen einen Marshallplan für den Süden Europas. [...] Wir müssen dort investieren, um die Wirtschaft wieder zum Laufen zu kriegen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. [...]

Wir sind darüber hinaus der Auffassung, dass es wichtig ist, die Staatsfinanzen von den Finanzmärkten zu entkoppeln. Wir haben immer noch die Situation, dass der Finanzmarkt entscheidet, zu welchen Konditionen der griechische, italienische, spanische Finanzminister Geld erhält. Das muss sich ändern. Man kann das ändern, indem man die Zentralbank ranlässt. Aber das ist politisch nicht gewollt, weil der Finanzmarkt aus Sicht der Neoliberalen eine wichtige Disziplinierungsfunktion hat.

Wir haben darüber hinaus das Problem, dass wir im gleichen Währungsraum höchst unterschiedliche Lohnentwicklungen haben und dass die deutsche Lohnschwäche maßgeblich zur Krise im Süden Europas beigetragen hat, indem sie deutsche Waren noch zusätzlich verbilligt hat zur guten Qualität, die deutsche Waren geboten haben. Das hat dazu geführt, dass die südeuropäische Konkurrenz an die Wand gedrängt wurde. Das hängt nicht damit zusammen, dass die Gewerkschaften in der Metall- oder Chemieindustrie katastrophale Lohnabschlüsse gemacht hätten, bewusstes Lohndumping betrieben hätten. Das hängt zusammen mit dem Ausbau des Niedriglohnsektors. [...] Dieser Niedriglohnsektor ist verantwortlich dafür, dass die Lohnentwicklung in Deutschland die schlechteste in Europa ist. Wir müssen dafür streiten, dass dieser Niedriglohnsektor ausgetrocknet wird. Und dafür hat ver.di auch die entsprechenden Forderungen: vom gesetzlichen Mindestlohn über Equal Pay, was die Bezahlung von Leiharbeit im Verhältnis zur Stammebelegschaft betrifft, bis hin zu der Frage, dass die Minijobs abgeschafft werden müssen, und so weiter und so fort. [...]

Wir sagen, ein wesentlicher Beitrag zur Überwindung der Krise aus Deutschland heraus ist, dass wir einen Kurswechsel in der Lohnpolitik hinkriegen. Und da gehören natürlich auch die aktuellen Tarifrunden hinzu. [...] Wir sagen, die Schuldenkrise ist im Wesentlichen eine Verteilungsfrage. Wir können unseren Beitrag dazu leisten, indem wir jetzt in den aktuellen Tarifverhandlungen in die Vollen gehen. [...] Ich glaube, die Forderungen, die wir gestellt haben, sind sehr ambitioniert. Es liegt jetzt an uns, die Forderungen durch entsprechende Abschlüsse umzusetzen. Wir sind da auf einem guten Wege. Wir haben einen ganz guten Forderungskatalog. [...] Das ist unser aktueller Beitrag. Das tun nicht alle Gewerkschaften. Für ver.di kann ich sagen, wir tun das und wir tun gut daran.

Was kann man in den nächsten Monaten darüber hinaus tun, was kann man gemeinsam mit sozialen Bewegungen tun? [...] Diese Veranstaltung ist ein gutes Beispiel, was man machen kann. Man sollte in allen deutschen Großstädten solche Veranstaltungen organisieren, in denen die Kollegen aus Südeuropa ihre Erfahrungen einbringen. Das ist notwendige Aufklärungsarbeit zum einen, zum anderen kann daraus konkrete Solidarität entstehen. Wir wissen jetzt,





dass es ein Problem gibt in einem Stahlwerk in Griechenland, wir wissen, dass die journalistischen KollegInnen konkrete Hilfe und Unterstützung brauchen. Dann können wir das auch organisieren. [...] Darüber hinaus ist es auch wichtig, den Protest auf die Straße zu tragen. Da sind wir gerade dabei, im Gespräch mit sozialen Bewegungen, zu gucken, ob wir im Herbst was organisieren zur Verteilungs-

frage in dieser Republik. Und ich glaube, wir werden da auch etwas hinkriegen. [...] Nach meinem Dafürhalten, ist es wichtig diese Schuldenfrage als Verteilungsfrage zu begreifen, die sowohl in Madrid auf der Tagesordnung steht, wie auch in Berlin und Athen auf der Tagesordnung steht. Das ist das Verbindende, und daraus kann man am Ende des Abends auch zu gemeinsamen Aktionen kommen.« ■

## DGB-Gewerkschaften und internationale Solidarität – ein Kommentar

***Vor allem die konkreten Berichte der eingeladenen Kolleginnen und Kollegen vermittelten den Zuhörern eine Ahnung über die Lebensbedingungen in Griechenland: Über das Ausmaß der Krise, über die gesellschaftliche Perspektivlosigkeit für die Masse der Bevölkerung und über die Opfer und Schwierigkeiten, die erforderlich sind, um unter diesen Bedingungen Widerstand zu leisten. Von solchen Erfahrungen blieb die arbeitende Bevölkerung in Deutschland in den letzten Jahrzehnten verschont. Die gewerkschaftliche Alltagsarbeit und das Selbstverständnis sind davon geprägt.***

Dierk Hirschel ist einer der wenigen gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre, die deutlich Position gegen den Fiskalpakt bezogen haben und vor den europaweiten Gefahren für die Gewerkschaften warnen. Sein Beitrag markiert die Grenzen dessen, was wir aus den Vorstandsetagen der Gewerkschaften an internationaler Solidarität zu erwarten haben. »Wir sind der Überzeugung, dass diese Krise keine Staatsschuldenkrise ist, sondern es ist eine Krise, die ist verursacht worden durch entfesselte Finanzmärkte und durch eine Umverteilung von unten nach oben. Wir haben frühzeitig die Forderung aufgestellt, dass jetzt Schluss sein muss mit der Sparpolitik, [...] die die Krise noch verschärft.« Ursache und Wirkung werden hier auf den Kopf gestellt. Die Umverteilung von unten nach oben ist für Hirschel eine Ursache der Krise und nicht deren Folge. Sie ist aber notwendiger Bestandteil der kapitalistischen »Krisenlösung«, wie es in den Beiträgen der griechischen Gäste anschaulich und politisch pointiert zum Ausdruck kam.

Dierk Hirschel führt weiter aus: »Wir sagen, die Schuldenkrise ist im Wesentlichen eine Verteilungsfrage.« Mit dieser Sichtweise erspart er sich Selbstzweifel über die eigene Rolle – die Haltung der bundesdeutschen Gewerkschaften gegenüber dem System der Marktwirtschaft und gegenüber der Regierung. Die Gewerkschaften können ihr Alltagsgeschäft als Tarifpartner weiter betreiben. »Wir sagen, ein wesentlicher Beitrag zur Überwindung der Krise aus Deutschland heraus ist, dass wir einen Kurswechsel in der Lohnpolitik hinkriegen. [...] Wir können unseren Beitrag dazu leisten, in dem wir jetzt in den aktuellen Tarifverhandlungen in die Vollen gehen. [...] Es liegt jetzt an uns, die Forderungen durch entsprechende Abschlüsse umzusetzen.«

Das blieb auf der Versammlung nicht unwidersprochen. »Dierk Hirschel, du hast gesagt, mit Lohnerhöhungen üben

wir Gegendruck aus. Nein, Gegendruck üben wir aus, indem wir Veranstaltungen wie diese organisieren und aufklären über den Sachverhalt, dass es sich um einen gemeinsamen Angriff der herrschenden Klassen handelt gegen die griechischen Kolleginnen und Kollegen, den wir nur auf europäischer Ebene zurückweisen können. Wir dürfen uns nicht einbilden, dass die griechischen Kolleginnen und Kollegen die Kastanien für uns aus dem Feuer holen können. Wenn wir nicht eingreifen, kommen die nicht voran. Der Zusammenhalt muss hergestellt werden. Nicht durch Lohnerhöhungen, sondern durch konsequenten politischen Kampf gegen diese Pläne.«

Auch Apostolos Kapsalis ging in seinen Schlussbemerkungen auf die Debatte ein. Zu den »Gewerkschaften und ihrer Natur« bemerkte er: »Die Gewerkschaften sind keine religiösen Organisationen. Ihre Leitungen besitzen nicht das Vorrecht des Heiligseins. Gewerkschaften sind traditionell das Instrument der Arbeiterklasse, sich gegen Angriffe des Kapitals zu wehren. Wenn sich die subjektiven und objektiven Gegebenheiten ändern, dann soll man nicht davor zurückschrecken, die Gewerkschaften zu verändern, damit sie ihrer Rolle wieder gerecht werden.« Und zu den Forderungen nach einem politischen Streikrecht in Deutschland: »Bevor Streiks legalisiert wurden, waren sie überall verboten. Was ist denn euer Problem damit, dass der politische Streik nicht gesetzlich reguliert ist?«

Bleibt – nach dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst – nur noch anzumerken: »Einen Kurswechsel in der Lohnpolitik« durch ver.di gab es nicht. Nach der Warnstreikwelle suchte der Vorstand die Verständigung mit dem Arbeitgeberlager, denn die Tarifrunde drohte zu einer politischen Kraftprobe mit der Bundesregierung und den Kommunen zu werden. Noch während der laufenden Tarifrunde wurden Pläne zur Einschränkung des Streikrechts in den Bereichen der Daseinsfürsorge öffentlichkeitswirksam publiziert. Der Auseinandersetzung darüber will die Dienstleistungsgewerkschaft aus dem Weg gehen – indem sie den Tarifpartnern signalisiert: Wir machen verantwortungsvoll und zurückhaltend von unserem Streikrecht Gebrauch. Das führt zwar zu Unzufriedenheit in Teilen der Mitgliedschaft, ein eigenständiges Eingreifen in die Tarifaueinandersetzung gab es jedoch nicht. Die Gewerkschaftsvorstände können deshalb ihren tarifpolitischen Kurs weiter fortsetzen, und die Forderung, »dass jetzt Schluss sein muss mit der Sparpolitik« bleibt ein folgenloser Appell. 12.4.2012 ■

■ BUCHBESPRECHUNG: GUENTHER SANDELEBEN ENTLARVT EINEN MYTHOS

# Regulierte Finanzmärkte – Realwirtschaft im Gleichgewicht?

Die ehemalige Kovorsitzende der Linkspartei, Gesine Löttsch, die noch vor einiger Zeit *»Wege zum Kommunismus«* suchte, fordert, die Banken müssten wieder ihre *»eigentlichen Aufgaben«* erfüllen. Ebenso wie Löttsch sieht Sahra Wagenknecht in den Banken die Verursacher der Krise und glaubt, dass die öffentliche Kontrolle über die Banken die Krise nachhaltig beenden kann.<sup>1</sup> Der DGB forderte in seinem Aufruf zum Aktionstag am 12. November 2011: *»Banken müssen der Realwirtschaft dienen«*. Die Empörung über *»gierige Banker und Spekulanten«* reicht von Attac über die Linkspartei bis zur CSU. Dahinter steht der Gedanke, ohne Gier und Spekulation käme die Realwirtschaft in ein Gleichgewicht und künftige Krisen ließen sich in einem so »regulierten« Kapitalismus vermeiden.

Der Literaturwissenschaftler Joseph Vogl veröffentlichte Anfang 2011 *»Das Gespenst des Kapitals«*, das mit bisher 20.000 verkauften Exemplaren ein Überraschungserfolg wurde: *»Angetan hat es ihm insbesondere Adam Smith und dessen Theorie der unsichtbaren Hand, die alles im Wirtschaftsgeschehen so wunderbar regeln soll. Darin seien sehr viel Moralphilosophie, Theologie und religiöse Erlösungskonzepte: Alles werde gut, alles sei vorhersehbar, am Ende finde alles eine gute Lösung, und es herrsche soziale Gerechtigkeit, dies seien aber auch Elemente der kirchlichen Lehre – das sei ein Problem. ‚Die ökonomische Theorie muss sich von ihren theologischen Resten befreien‘ fordert Vogl. ‚Seit der Krise 2008 sind die Wirtschaftswissenschaften in sich zerfallen.‘ Alte Dogmen würden hinterfragt (...). ‚Es lohnt sich, sich von Gleichgewichtsmodellen und -hoffnungen zu verabschieden.‘ Das aber wäre eine grundlegende Neuausrichtung der Volkswirtschaft. Laut Vogl durchaus notwendig, denn die Krise, die seit 2008 die Welt in Atem hält, habe vor allem gezeigt, dass Finanzmärkte strukturell einfach instabil seien, kein Gleichgewicht finden. Die Krise sei keine Ausnahmesituation mehr, sondern die Normalität. Die wichtigste Konsequenz sei deshalb, dass die Abhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten reduziert werden müsse.«<sup>2</sup>*

Die Finanzmärkte, sagt Vogl, sind strukturell instabil. Sind aber die Warenmärkte stabil? Und wie sieht es mit der Abhängigkeit der Finanzmärkte von der Warenproduktion und vom Warenverkauf aus? Die These von der Finanzmarktkrise, die die »reale« Wirtschaft bedrohe, untersucht Guenther Sandleben in seinem im Frühjahr 2011

erschienenen Buch: *»Finanzmarktkrise – Mythos und Wirklichkeit«*.<sup>3</sup> Sandleben stellt folgende Thesen auf:

1. Der Ursprung der Krise liegt in der Warenproduktion, es handelt sich um eine Überproduktionskrise.
2. Wegen einer vorangegangenen etwa 20 Jahre dauernden *»Sturm- und Drangperiode«* ist diese Krise besonders tief und schwer.
3. Notwendig zur Bereinigung der Krise wäre eine erhebliche Kapitalvernichtung.
4. Wegen der unabsehbaren politischen und sozialen Folgen wurde diese Kapitalvernichtung bisher verhindert. Dabei retteten Staaten angeschlagene Banken, als stabil geltende Staaten retteten in Schwierigkeiten geratene Staaten.
5. Der letzte Anker, die finanzielle Glaubwürdigkeit der als stabil geltenden Staaten, ist bereits brüchig.

Im ersten Kapitel stellt Sandleben die Phasen der bisherigen äußerst schweren Wirtschaftskrise dar, die nach seiner Analyse bereits Ende 2005 begann. Im zweiten Kapitel untersucht er die Frage nach dem Verhältnis von Finanzmarkt und »Realwirtschaft«. Das dritte Kapitel beschäftigt sich kurz mit dem von Marx entdeckten allgemeinen Gesetz periodischer Krisen. Im vierten Kapitel wird beschrieben, wie das Ende einer längerwelligigen *»Sturm- und Drangperiode«* des Kapitals in die gegenwärtige tiefe Krise umschlägt und was die Voraussetzungen langer Wellen sind. Im fünften Kapitel schließlich werden mögliche Szenarien der weiteren Entwicklung der Staatsschuldenkrise, Macht und Ohnmacht nationaler Notenbanken dargestellt.

## Die Phasen des bisherigen Krisenverlaufs

Günther Sandleben beschreibt fünf abgeschlossene Phasen des Krisenverlaufs:

1. Ende 2005 bis Mitte 2007:  
Partielle Krise (Immobilienkrise)
2. Mitte 2007 bis Mitte 2008:  
Kredit- und Bankenkrise als Folge der partiellen Krise
3. Anfang 2008 bis August 2008:  
Überproduktion in den wichtigsten Wirtschaftszweigen
4. September 2008 bis Anfang 2009:  
Überproduktionskrise, Geld-, Kredit-, Börsen- und Bankenkrise
5. März 2009 bis Ende 2010:  
Relative Stabilisierung

1 Wagenknecht, Sahra, Pressemitteilung vom 18.11.2011

2 Süddeutsche Zeitung, 19.11.2011

3 Norderstedt, 2011



Die gegenwärtige Phase, deren Beginn er auf Anfang 2010 datiert, kennzeichnet er als Wirtschaftserholung, Sparprogramme und drohende Staatspleiten.

Auf die Krise des US-Immobilienmarktes nach 2006 seien Immobilienkrisen in Teilen Europas und Asiens gefolgt.

Die zurückgehenden Preise für Häuser hätten Abschreibungen bei den Banken notwendig gemacht, nicht nur national, sondern auch international, da die Hypotheken über neuartige Kreditinstrumente über den ganzen Globus verteilt worden seien »Mit dem Instrument der Verbriefung von Forderungen wanderten aber auch die Kreditrisiken von Amerika nach Europa.«<sup>4</sup> Als Folge der gigantischen Abschreibungen infolge der fallenden Häuserpreise sei der Interbankenhandel zum Erliegen gekommen: keine Bank habe mehr der anderen getraut, z.T. nicht einmal den Risiken in den eigenen Büchern. Das Kreditsystem sei ins Monetarsystem umgeschlagen. An diesem Punkt seien die Notenbanken eingesprungen und hätten die Geschäftsbanken mit Geld versorgt. Sie hätten so eine Pleitewelle bei den Banken und eine Kreditklemme in der Industrie verhindert.

Die Industrieproduktion in den wichtigsten Branchen wuchs nach der Analyse von Sandleben Ende 2007 kaum noch, ab Frühjahr 2008 begann sie zu sinken und brach ab September 2008 ein. Damit lag die Konjunkturwende zeitlich vor der Pleite von Lehman. Nach der partiellen Überproduktion im US-Häusermarkt habe sich jetzt eine globale Überproduktion in allen wichtigen Branchen gezeigt. Schon der zeitliche Ablauf zeige, dass die Lehman-Pleite nicht Ursache des Produktionseinbruchs gewesen sein könne, wie Axel Weber behauptete.<sup>5</sup> Sandleben stellt klar, dass die Kreditvergabe aufgrund der verschlechterten Lage der Unternehmen reduziert worden sei, nicht umgekehrt.<sup>6</sup> Im diametralen Gegensatz zur zitierten Aussage von Axel Weber habe die Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom September 2009 erklärt: »Die Abschwächung der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen lässt sich gut mit den traditionellen Einflussfaktoren erklären, insbesondere mit der schwachen realwirtschaftlichen Entwicklung (!).«<sup>7</sup>

In ihrem Höhepunkt im September und Oktober 2008 habe die Krise alle ihre Erscheinungsformen herausgebildet: Allgemeine Handels- und Industriekrise, Kredit- und Bankenkrise, Absturz von Aktien und Unternehmensanleihen. Geld sei der Zirkulation entzogen worden, indem Vermögende Bargeld oder Edelmetalle horteten, Banken und Unternehmen Liquidität sicherten. In der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 sei der Erschütterung im Bankensektor eine Pleitewelle in Industrie und Handel vorausgegangen. Diese Pleitewelle sei in der gegenwärtigen Krise durch staatliche Interventionen verhindert worden. Daher die Erschütterung bei den Banken vor einer Pleitewelle in der Industrie. »Vor allem der dramatische Vorgang im Geld-, Kredit- und Bankensektor war es, der alle wichtigen Akteure aus Wirtschaft, Finanz und Politik ‚schauern (ließ) vor dem undurchdringlichen Geheimnis ihrer eigenen Verhältnisse.‘ So hatte Marx seine Beobachtung für die schweren periodischen Krisen des 19. Jahrhunderts zusammengefasst, als nämlich während der allgemeinen Produktions- und Handelskrisen das Kreditsystem regelmäßig ins Monetarsystem umgeschlagen war.«<sup>8</sup> Dieser Umschlag zeige sich heute nur deswegen nicht in seiner klaren Form, weil der Staat interveniere, die Kapitalvernichtung zeitlich

hinauszögere und die Risiken aus der Wirtschaft in seine eigenen Bücher nehme.

Dazu passt die Aussage des ehemaligen britischen Premierministers, Gordon Brown, zur Dramatik der Ereignisse vom Herbst 2008: »Wir standen vor einer Situation, die schlimmer als 1929 zu werden drohte. Niemand traute mehr irgend jemandem im Bankensystem. Das Finanzsystem stand am Abgrund.«<sup>9</sup> Ebenso, dass den US-Großbanken von Finanzminister Paulsen ein Staatskredit aufgezwungen wurde, was einer zeitweiligen Verstaatlichung gleichkam. Etliche Institute wie die Royal Bank of Scotland, die AIG oder die deutsche HRE übertrugen ihre Verluste den Staaten, die sich dafür verschuldeten, wie sonst nur in Kriegszeiten. Insgesamt summierte sich die Hilfe von 11 wichtigen Industriestaaten in der Zeit von September 2008 bis Juli 2009 auf unvorstellbare 5.000.000.000.000 Euro.<sup>10</sup>

Das Budgetrecht des deutschen Parlaments wurde für die Rettungsmaßnahmen ausgehebelt, ohne dass es ernsthaften parlamentarischen oder gewerkschaftlichen Widerstand gegeben hätte. Einschließlich der Linkspartei ließen Parteien und Gewerkschaften das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich. Sandleben kommentiert dies treffend: »Die Lohnabhängigen spielten in dieser Schicksalsstunde des Kapitalismus keine eigenständige Rolle.«<sup>11</sup>

Da der Staat den Banken ihre Schrottpapiere abgenommen habe, hätten sie in der Folge wieder teils kräftige Gewinne machen können. Damit sei aber das Problem der Überproduktion nicht gelöst. Nach Berechnungen des Handelsblatts vom 23.6.2009 hätten sich die staatlichen Konjunkturprogramme der Industriestaaten auf mehr als 2.000 Milliarden Euro summiert. Der Neoliberalismus schien tot, Keynes sei der Mann der Stunde gewesen. Die einzelnen Unternehmen kämpften verbissen um Staatshilfen. Opel oder Heidelberger Druck wurden gerettet, aber nicht Arcandor. Die verschärfte Konkurrenz habe sich auch zwischen den Wirtschaftsblöcken und nationalen Kapitalen gezeigt. Die Konjunkturprogramme hätten möglichst nur dem eigenen Kapital nutzen sollen. Auch die klassischen Mittel wie Strafzölle und andere Handelsbarrieren hätten zugenommen.

Die Krise hat sich seitdem, wie von Sandleben beschrieben, als Staatsschuldenkrise weiter entwickelt. Die Luft für weitere Konjunkturprogramme ist sehr dünn, die Länder des südlichen Europas geraten durch Sparprogramme in die Rezession. Eurobonds oder andere Formen der Risikoverteilung würden die Kreditkosten für Deutschland verteuern, für Länder wie Italien verbilligen. Die Risikoverteilung unter den europäischen Ländern bestimmt also, welche nationale bürgerliche Klasse welchen Druck auf ihre Bevölkerung ausüben muss, um die Krisenfolgen abzuwälzen. Entsprechend bestimmt auch die Gegenwehr aus der Bevölkerung über die Lastenverteilung unter den Eurostaaten. Je stärker die Gewerkschaften in die Politik von Regierung und Unternehmen eingebunden sind, die Lasten auf die Bevölkerung anderer Länder abzuwälzen, desto stärker die Wahrscheinlichkeit für das Aufkommen von aggressivem Nationalismus. Das exportlastige deutsche Kapital kann sich ein Auseinanderbrechen des Euro-Binnenmarktes nicht leisten. Und wenn sich die Bundesregierung, auch aus innenpolitischen Gründen, noch sträubt, sie wird bei fortschreitendem Misstrauen gegen die Zahlungsfähigkeit der Eurostaaten immer mehr Risiken übernehmen müssen und damit auch die Bevölkerung in Deutschland immer stärker unter Druck setzen.

4 Sandleben, S. 15

5 Weber, Axel: Stabilitätsanker Eurosystem, Auszüge aus Presseartikeln der Deutschen Bundesbank, Nr. 14 vom 30.3.2011, S.3

6 Sandleben, S. 23

7 S. 17

8 Sandleben, S. 28, Marx, MEW 13, Berlin, 1974, S. 123

9 Brown, Gordon: Was folgt, Frankfurt a.M., 2011, S. 84

10 Jahresberichte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

11 Sandleben, S. 39

## Hegemonie der Finanzmärkte über die Realwirtschaft?

Sandleben führt aus, dass der These von der »Abtrennung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft« und der Hegemonie der ersteren die Vorstellung von zwei getrennten Welten zugrunde liege. Dieser Mythos könne entstehen, weil über das Wesen des Zinses Unklarheit bestehe. In den Zinsen, die das Kapital hervorbringe, sei die eigentliche Quelle der Wertschöpfung, die menschliche Arbeit, nicht mehr zu erkennen. Marx habe es so formuliert, dass der Zins »keine Narben seiner Entstehung mehr« trage. Das zinstragende Kapital nennt er »die Mutter aller verrückten Formen«. <sup>12</sup> Die »verrückten Formen« sind Aktien, Unternehmensanleihen usw.. Die gedankliche Abkopplung des Zinses von der Wertschöpfung führe zu irrsinnigen Vorstellungen: »Hätte Joseph zur Zeit von Christi Geburt einen Pfennig investiert und wäre dieser (...) zu 5% pro Jahr verzinst worden, wäre dieser Pfennig im Jahr 2000 (...) etwa 500 Milliarden Kugeln Gold vom Gewicht der Erde wert gewesen. (...). Das zeigt: (...) Geld frisst Welt.« <sup>13</sup>

Tatsächlich sei der Zins Teil des Profits, des produzierten Mehrwerts, der der Ausbeutung von Arbeitskraft entstammt. Diese Ausbeutung sei unabhängig davon, ob eigenes oder geliehenes Kapital dabei zur Anwendung kommt. »Nicht der Zins knechtet die Wirtschaft; weil die Wirtschaft eine kapitalistische ist, existiert der Verwertungszwang, der sich auch im Zins zeigt.« <sup>14</sup>

Welcher Einfluss könne durch den Besitz von Aktien oder Unternehmensanleihen auf die Produktion ausgeübt werden? Die Käufer von Unternehmensanleihen hätten ihr Geld gegen ein Versprechen auf Zins und Rückzahlung weggegeben und stünden danach außerhalb der wirklichen Produktion. Auch Aktionäre stünden außerhalb des operativen Geschäfts. Zwar werde die Geschäftsführung formal durch Gremien der Aktiengesellschaft bestimmt, aber ihr Handeln werde bestimmt durch die Gesetze des Marktes, der Konkurrenz. Ihnen habe sie bei Strafe der Insolvenz zu folgen. Die Besitzer von Staatsanleihen stünden nicht nur außerhalb der Produktion, sondern ihr Papier repräsentiere nicht einmal Kapital, sondern nur die Rückzahlungsgarantie des Staates. Die Staatsschuld erscheine dann als Kapital. Ebenso liege Konsumentenkredit kein Kapital zugrunde, da die gekauften Konsumgüter möglicherweise schon verbraucht seien. Die Eigentümer von Wertpapieren übten also in keinem Fall Macht über die Produktion aus.

## Konsequenzen und Ausblick: Staatsbankrott und galoppierende Inflation

Sandleben geht dann auf die Perspektiven ein. Staaten stünden in Friedenszeiten vier Möglichkeiten der Geldbeschaffung zur Verfügung: 1. Steuereinnahmen, 2. Privatisierung von Staatsvermögen, 3. Kreditaufnahme und 4. Geldvermehrung, entweder durch das Drucken von Banknoten oder durch den Kauf von Staatsanleihen durch die Notenbanken. Während der letzten 20 Jahre sei im Zeichen des Neoliberalismus bereits in großem Umfang privatisiert worden. Erfolgreiche Versuche von Staaten wie Ungarn 2008, Lettland 2009 oder Griechenland, sich an den Kapitalmärkten zu versorgen, zeigten die Grenzen, die der Kapitalmarkt der Staatsverschuldung setze. Drei große Notenbanken, die FED, die Bank of Japan und die Bank of England beken-

nen sich offensiv zur Politik des »Quantitative Easing«, der Geldmengenvermehrung.

Die EZB zauderte zunächst mit dem Ankauf europäischer Staatsanleihen: 16 Mrd. im Mai 2010, 70 Mrd. Ende 2010, 150 Mrd. im Sommer 2011, Ende November 2011 wurde die Schwelle von 200 Milliarden Euro überschritten. <sup>15</sup> Um inflationären Tendenzen entgegenzuwirken, »sterilisierte« die EZB die gekaufte Summe, in dem sie dem Bankenmarkt die gleiche Geldmenge entzog. In zwei »Tendern« Ende 2011 und Anfang 2012 verlieh sie aber an die europäischen Banken die Summe von insgesamt 1 Billion Euro zum Leitzins von einem Prozent und mit der ungewöhnlich langen Laufzeit von 3 Jahren. Der Interbankenmarkt war, ähnlich wie 2008, zum Erliegen gekommen und die EZB verhinderte so einerseits eine erneute schwere Kreditklemme. Die zweite Wirkung ist die Stabilisierung der Märkte für Staatsanleihen der Euro-Risikoländer, weil Privatbanken mit dem Geld der EZB Staatsanleihen kaufen. Erstens müssen sie für diese kein Eigenkapital vorhalten, weil sie als risikofrei deklariert wurden. Außerdem streichen sie die Zinsdifferenz als indirekte Subvention ein.

Wie Sandleben richtig bemerkt, ist die Vermehrung der Geldmenge mit der Herstellung von Falschgeld zu vergleichen, dem keine entsprechenden Warenmengen gegenüberstehen. Der Staat dürfe diese Geldfälschung zwar legal betreiben, erzeuge aber in jedem Fall einen Inflationseffekt. Angenommen, es käme zu Panikverkäufen von Staatspapieren, müsste die Notenbank diese Papiere aufkaufen, um die Kreditwürdigkeit des Staates zu retten. Die Ohnmacht der Notenbanken zeige sich dann, wenn Ausländer die Papiere in ihrer Landeswährung verkaufen würden. Durch die Inflation aufgrund der Geldvermehrung hätte die Notenbank jetzt ein Devisenproblem. Um die Forderungen ausländischer Anleger zu erfüllen müsste sie ihre Devisenreserven angreifen. Das Abschmelzen der Devisenreserven würde die Binneninflation weiter anheizen, weil sich alle importierten Waren verteuerten. Die nun einsetzende galoppierende Inflation trüge in sich die Anlage zu schweren sozialen und politischen Verwerfungen.

## Überproduktion, Überakkumulation, fallende Profitraten?

Insgesamt ist Sandlebens Beitrag in seiner Klarheit und Tiefe ein unverzichtbarer Beitrag zur aktuellen Krisen-debatte. Seine Stärken sind die Darstellung des Krisenverlaufs und die Verortung der Krisenursachen in der »Realwirtschaft«. Dass seine Schlussfolgerungen nicht abwegig sind, zeigen auch Kommentare der bürgerlichen Presse. »Die Notenbanken bekämpfen seit knapp vier Jahren die Finanzkrise mit dem gleichen Mittel, das sie verursacht hat: billigem Geld. (...) Das süße Gift für die Banken kann sich aber als gefährlich erweisen, weil nur die Symptome gelindert werden, aber die Krankheit nicht bekämpft wird. (...) Die EZB ist nicht nur wegen ihres Auftrags zur Preisstabilität gefordert, rechtzeitig den Banken das süße Gift zu entziehen. Viel gefährlicher sind die Nebenwirkungen des Schmerzmittels: Kranke Staaten und Banken könnten sich einbilden, gesund zu sein.« <sup>16</sup>

Sandleben bezeichnet die Überproduktion von Waren als zentrale Krisenursache und beschreibt, wie die mangelnde Proportion zwischen Abteilung I, Produktionsgüter, und Abteilung II, Konsumgüter, die periodischen Krisen erzwingt. Er kritisiert Rainer Roth, der die enorme Kreditausweitung mit anschließend platzenden Blasen lediglich

<sup>12</sup> Marx, Karl: MEW 25, Berlin 1968, S. 405 und S. 483

<sup>13</sup> Kennedy, Margit: [http://www.margitkenedy.de/pdf/ART\\_FNW\\_01\\_2008\\_Geld-RegiertDieWelt.pdf](http://www.margitkenedy.de/pdf/ART_FNW_01_2008_Geld-RegiertDieWelt.pdf).

<sup>14</sup> Sandleben, S. 66

<sup>15</sup> Süddeutsche Zeitung, 25.11.2011

<sup>16</sup> FAZ, 17.3.2012





**Ausgehebelt:** Manchmal wird die Last zu groß.

auf die sinkenden Margen im normalen Bankengeschäft zurückführen würde.<sup>17</sup> Ausgangspunkt und roter Faden der sehr lesbaren und lesenswerten Schriften Rainer Roths<sup>18</sup> ist der tendenzielle Fall der Durchschnittsprofitrate, gegen den sich das industrielle und das Bankkapital mit allen Mitteln zur Wehr setzen; im Falle der Banken mit enormen Kredithebeln und den daraus folgenden Blasen. Was von Roth nicht beantwortet wird, ist die Frage, warum eine tendenziell fallende Profitrate überhaupt ein Problem für das Kapital darstellt.

### Das Problem der Profitmasse

Für das Kapital wie für den einzelnen Kapitalisten ist das Ergebnis, das Resultat – die Masse des Profits – entscheidend. Wenn angenommen die Profitrate von 40 auf 20 fällt, muss das Gesamtkapital umgekehrt im Verhältnis von 20 zu 40 steigen, damit die Profitmasse bei abnehmender Profitrate gleichbleibe. Soll die Profitmasse hingegen wachsen, so muss das Kapital in größerer Proportion wachsen als die Profitrate fällt.

In seiner Einführung in das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate zitiert Marx gern Ricardo, der als erster die beunruhigende Tendenz des Kapitals, nämlich den Fall der Profitmasse entdeckte:

»Angenommen nun, daß bei wiederholten Kapitalzugängen von 100.000 Pfd.St. die Profitrate von 20 auf 19, auf 18, auf 17 Prozent fiel, sich also eine ständig fallende Rate ergäbe; man sollte erwarten, daß die Profitsumme, die jene einander folgenden Kapitalbesitzer erhalten, immer stiege, daß sie größer sein würde, wenn das Kapital 200.000 Pfd.St. als wenn es 100.000 Pfd.St. beträgt, und noch größer, wenn es 300.000 Pfd.St. ausmacht, und so weiter, trotz verminderter Rate mit jeder Steigerung des Kapitals wachsend. Diese Progression stimmt jedoch nur für eine gewisse Zeit. So ist 19 Prozent von 200.000 Pfd.St. mehr als 20 Prozent von 100.000 Pfd.St., 18 Prozent von 300.000 Pfd.St. ist wieder mehr als 19 Prozent von 200.000 Pfd.St. Aber nachdem das Kapital zu einer großen Summe angewachsen ist und die Profite gefallen sind, vermindert die weitere Akkumulation die Gesamtsumme des Profits. Angenommen also, die Ak-

kumulation würde 1.000.000 Pfd.St. und der Profit 7 Prozent betragen, so wird die Gesamtsumme des Profits 70.000 Pfd. St. ausmachen. Wenn jetzt zu der Million eine Vermehrung von 100.000 Pfd.St. Kapital hinzukäme und der Profit auf 6 Prozent fiel, dann würden die Kapitalbesitzer 66.000 Pfd. St. erhalten, eine Verminderung von 4.000 Pfd.St., obwohl die Gesamtsumme des Kapitals von 1.000.000 Pfd.St. auf 1.100.000 Pfd.St. angestiegen wäre.« Ricardo, »Pol. Econ.«, chapt. VII (»Works«, ed. MacCulloch. 1852, p. 68, 69). In der Tat ist hier angenommen, daß das Kapital wächst von 1.000.000 auf 1.100.000, also um 10%, während die Profitrate fällt von 7 auf 6, also um 142/7%. Hinc illae lacrimae <daher jene Tränen>.<sup>19</sup>

Wenn also das gewachsene Kapital nur ebensoviel oder selbst weniger Profitmasse als vor seinem Wachstum produziert, so fände eine absolute Überproduktion von Kapital statt. Das zusätzliche Kapital diene nicht mehr dem Zweck der kapitalistischen Produktion, Profit zu produzieren. In der Wirklichkeit wird die Masse der kleineren Kapitale gegenüber der Konkurrenz der großen Kapitale allerdings schon viel früher außer Kurs gesetzt, wird zuerst überflüssig, liegt brach und wird auf die Bahn der Abenteuer gedrängt: Spekulation, Kreditschwindel, Aktienschwindel, Krisen. Die Wertungskrise produziert auf der einen Seite unbeschäftigtes Kapital, auf der anderen Seite eine wachsende Reservearmee unbeschäftigter Arbeitskräfte.

Entscheidend für den weiteren Verlauf der heutigen Krise wird sein, ob die Arbeiterklasse als eigenständige Akteurin die Bühne betritt oder sich als Anhängsel der Bourgeoisie vor deren Karren spannen lässt. Dass der Kapitalismus keine Perspektive bietet, begreift in den südeuropäischen Ländern gerade ein wachsender Teil der Bevölkerung. Unsere Aufgabe besteht darin, der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland klarzumachen, dass die griechischen Kolleginnen und Kollegen zwar die ersten, aber nicht die letzten sein werden, denen das Kapital seine Rechnung präsentieren wird. »Perseus brauchte eine Nebelkappe zur Verfolgung von Ungeheuern. Wir ziehen die Nebelkappe tief über Aug' und Ohr, um die Existenz von Ungeheuern wegleugnen zu können.«<sup>20</sup>

19 Kapital Bd.3, S. 234

20 Marx, Karl: Kapital 1, Vorwort zur ersten Auflage, Berlin, 1953, S. 7

17 Sandleben, S. 62 und 63

18 u.a.: Sie kriegen den Karren nicht flott, Frankfurt a.M., 2009

# Syrien: Eine weitere Etappe im Kampf um die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens

Die »Arabellion«, wie die vordergründig politisch ausgeprägten Aufstände in der arabischen Welt zusammenfassend genannt werden, hat viele Facetten. Welchen davon man sich zuwendet, hängt vom eigenen Erkenntnisinteresse ab. Unser Interesse gilt in erster Linie den Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaften: Dem bäuerlichen und dem industriellen Proletariat, denen wir uns verbunden fühlen, den sog. Mittelschichten und den bourgeoisen Klassen und den Auseinandersetzungen zwischen diesen Klassen.

Die Länder des Nahen und Mittleren Ostens (NMO) sind zwar in die kapitalistische Weltwirtschaft eingebunden, aber im Unterschied etwa zu den Industriestaaten Westeuropas haben dort die Bourgeoisien nicht die politische Macht. Mit dem Ende des Kolonialismus und des Imperialismus klassischen Stils setzten sich in den Staaten des NMO mehr oder weniger verdeckte Militärdiktaturen durch. In Ägypten und Saudi-Arabien hatten England und die USA Monarchien installiert, die Faruk und Ibn Saud, wie übrigens auch im Iran die Pahlawi-Dynastie. Eigentlich hätte man erwartet, dass bürgerlich-kapitalistische Weltmächte ihre eigene Form der Klassenherrschaft in fremde Länder exportieren. Aber den britischen und US-amerikanischen Regierungen lag mehr daran, schwache und rückständige Herrscher an die Macht zu bringen, die sich nur mit der Unterstützung durch die ausländischen Königs-macher an der Spitzen halten konnten. Die Rechnung ging nicht ganz auf: Aus Ägypten und Iran sind die Operettenkönige verschwunden; das Haus Ibn Saud ist seit Jahren mit seinem Überlebenskampf beschäftigt. In anderen Ländern des NMO entstanden sogenannte Ein-Parteien-Diktaturen, die sich formal an den sozialistischen Staaten orientierten und in Anspruch nahmen, den »arabischen Sozialismus« zu repräsentieren, wie die Baath-Parteien in Irak und Syrien. Wo es langwierige Befreiungskriege gegen die Kolonialherren gegeben hatte, wie in Algerien, waren es die aus der siegreichen Partei hervorgegangenen Führer, die an der Spitze des Parteiapparats die Macht an sich rissen. Von diesen und anderen Unterschieden abgesehen, sind es in diesen Ländern jeweils wenige Familienclans, die die maßgeblichen wirtschaftlichen Ressourcen für sich monopolisiert haben und die den staatlichen Repressionsapparat, also Polizei, Geheimdienste und Militär, kontrollieren, und die niemanden neben sich hoch kommen lassen. In einigen dieser Länder, insbesondere im Maghreb und Ägypten, die bereits im letzten Jahrhundert der osmanischen Herrschaft unter englischem und französischem Einfluss standen, hatten sich bereits in den Städten zusammen mit Industriebetrieben die Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft, Bourgeoisie und Arbeiterklasse, gebildet und die beiden Weltkriege des 20. Jh. beschleunigten die kapitalistische Entwicklung in diesen Ländern. Aber die Bourgeoisien dort waren gesellschaftlich viel zu schwach, um allein gegen die auf den Militärapparat sich stützenden Despoten ankommen zu können. Ein breiteres Bündnis

der bürgerlichen Kräfte mit dem Proletariat war unter der Blockkonfrontation undenkbar, weil viel zu riskant: Die Mobilisierung des städtischen Proletariats und der Landarbeiter und Subsistenzbauern hätte schließlich auch Macht und Eigentum der bürgerlichen Klassen gefährden können. Notgedrungen arrangierten sich die Bourgeois mit den Despoten, verzichteten um der wirtschaftlichen Sicherheit willen auf die politische Macht. Erst mit dem Fall der SU änderten sich die nur scheinbar fest gefügten Verhältnisse in einzelnen Ländern. An erster Stelle steht hier die Türkei, in der die AKP als maßgebliche Partei der modernen Bourgeoisie in langwierigen Auseinandersetzungen mit der Generalität des Landes, den Kampf um die politische Macht führte, und, wie es nun aussieht, dem Militär wichtige politische Bastionen auf parlamentarischem Wege abnahm, ohne der Arbeiterklasse gravierende Zugeständnisse machen zu müssen. Diese Erfahrungen ermutigen nun die Führung der AKP, sich den arabischen Staaten und ihren Regierungen als Vorbild anzudienen. In Ägypten weist die politische Partei der Muslimbrüder im Hinblick auf soziale Zusammensetzung und politische Programmatik Ähnlichkeit mit der AKP auf. In anderen Ländern, wie dem Irak und Syrien, deren kapitalistische Entwicklung hinter der Ägyptens zurück stand, hinderte nackte Gewalt der Regierenden die Muslimbrüder an der Etablierung ähnlicher politischer Strukturen wie in Ägypten.

Eine weitere Gemeinsamkeit der Proteste im Rahmen der »Arabellion« liegt darin, dass der politische Protest den sozialen Protest übertönt. Es werden überwiegend politische Reformen gefordert, die kapitalistische Gesellschaftsordnung wird nicht infrage gestellt, so radikal die Protestformen im Einzelnen sein mögen. Zwar sind es vor allem auch soziale Probleme, insbesondere die große Arbeitslosigkeit, schlechte Berufsaussichten und die niedrigen Einkommen, die dem Protest der überwiegend jungen Menschen den Schub verleihen. Aber die Protestierenden selbst sehen und sehen sich im Großen und Ganzen nicht selbst als Partei, die um die politische und ökonomische Macht kämpft, sondern sie richten Forderungen an politische Parteien und Kräfte außerhalb ihrer Bewegung und sie wollen gehört werden, also mitbestimmen. Dies erklärt auch, warum die »Arabellion« bei den herrschenden Klassen der großen Industriestaaten auf Wohlwollen trifft. Die geforderten politischen Reformen gefährden nicht das private Eigentum an den Produktionsmitteln und sie stärken den politischen Einfluss der bürgerlichen Klassen in der arabischen Welt.

## Syrien

Neben diesen gemeinsamen Aspekten sind jedoch die Besonderheiten in den einzelnen Ländern von großer Bedeutung. In Tunesien, Ägypten, Jemen, Libyen und Syrien haben sich die Spannungen in ganz unterschiedlicher Weise entladen; die jeweils eigene, besondere Geschichte gibt den



sozialen und politischen Akteuren spezifische Gestalt. Die Informationen über die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen sind vage und unzuverlässig. »Es gibt keine zuverlässigen Angaben über die Stimmung innerhalb der syrischen Bevölkerung.«, schreiben Asseburg/Wimmen.<sup>1</sup> »Die zuweilen bizarr anmutende Parteilichkeit der weitgehend gleichgeschalteten – staatlichen und privaten – syrischen Massenmedien und ein nahezu vollständiges Einreiseverbot für ausländische Journalisten bewirkt, dass internationale und auch die in Syrien stark rezipierten arabischen Medien vornehmlich auf nicht verifizierbare Informationen zurückgreifen, die von der Protestbewegung über das Internet verbreitet werden und sich auf lokale Augenzeugen stützen. Eine eindeutige Unterscheidung zwischen Fakten und Propaganda ist auch für Beobachter vor Ort kaum möglich...«<sup>2</sup> Die »bizarr anmutende Parteilichkeit der Massenmedien« trifft sicherlich auch auf die deutschen Massenmedien zu, die z. B. mit Video-Sequenzen hierzulande die Stimmung gegen Assad anheizten, die tatsächlich während des Irakkrieges aufgenommen worden waren.<sup>3</sup>

Offenbar lässt sich die Opposition nur schwer begrifflich fassen: »Die syrische Opposition bleibt in verschiedene ideologische Strömungen gespalten und ist nicht geeignet handlungsfähig. Der Syrische Nationalrat ... ist intern von großen Spannungen geprägt und genießt nur zum Teil die Unterstützung der syrischen Bevölkerung.« (Asseburg, Wimmen, S.2) Und: »Die Opposition zerfällt ... in eine dynamische, aber führungslose Massenbewegung sowie eine politisch versierte Elite, der es jedoch an einer einheitlichen Strategie mangelt und von der ungewiss bleibt, welchen Rückhalt sie in der Bevölkerung genießt.« (Wimmen, S.4)

Über die militärische Opposition schreiben die Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): »Zwar desertieren immer mehr Armeeangehörige aus den unteren Rängen. Die Spitzen und das Gros des nach wie vor schlagkräftigen Sicherheitsapparats stehen jedoch weiter loyal zum Regime. Die Rebellen der sogenannten Freien Syrischen Armee (FSA) verüben immer wieder Anschläge auf Sicherheitskräfte, Armee und Geheimdienst und hindern diese am Zugang zu den Hochburgen des Widerstands. Damit erfüllen sie eine gewisse Schutzfunktion für die Proteste, provozieren aber zugleich mehr Gewalt seitens des Regimes. Die FSA ist zudem schlecht ausgerüstet, ein Sammelbecken auch krimineller Elemente und in lokale Rebellengruppen zersplittert. Mithin stellt sie keine ernstzunehmende Herausforderung für Armee und Sicherheitskräfte dar.« (Asseburg, Wimmen, S. 1)

Die oben zitierten Autoren sehen die Gefahr, dass die Auseinandersetzungen in einen Bürgerkrieg entlang religiöser und ethnischer Linien münden könnten, ähnlich dem im Libanon.

Der Philosoph und frühere Professor an der Universität von Damaskus, Sadik al Azm, der z. Zt. im deutschen Exil lebt, sieht einen Hauptgrund für die Aufstände in der Abwendung der Baath-Partei unter Baschar al Assad von ihrer ursprünglichen Massenbasis in der Provinz und ihrer Zuwendung zum Handels- und Industriebürgertum in den Städten. »In Homs überschneide sich die Marginalisierung der Sunniten im Allgemeinen mit der Marginalisierung einer sunnitischen Provinzstadt.«<sup>4</sup> Auf dem Lande wie in den

Städten habe zudem der Freihandel mit der Türkei vielen Handwerkern und Kleinbetrieben die Geschäftsgrundlage entzogen, weil billigere Produkte aus dem Nachbarland den syrischen Markt überfluteten. Diese Probleme treffen Sunniten als die größere Gesellschaftsgruppe vor allem, aber sie sind in ihrem Kern sozialer Natur. Die wohlhabende, urbane, sunnitisch dominierte bürgerliche Klasse und die allawitisch-ländlich dominierte Militärführung, die, wie beispielsweise in Ägypten oder der Türkei, aus ihren Reihen Geschäftsleute herausgebildet hat, ziehen wohl noch an einem Strang, aber al Azm nimmt an, dass das Ölembargo gegen Syrien und der Niedergang des Tourismusgeschäfts zu Spannungen zwischen der syrischen Regierung und den Geschäftsleuten führen könnten. Dass es mehrere Konfliktebenen gibt: die zwischen Stadt und Land, zwischen Kleingewerbe und Handels- und Industriebürgertum, zwischen sunnitischer Bevölkerungsmehrheit und allawitischer Minderheit, die allerdings die militärische Führungsmacht in Händen hält, macht es schwierig, die weitere Entwicklung vorherzusehen. Zwar gebe es – anders als im libanesischen Bürgerkrieg – noch keine konfessionell definierten Milizen. Wenn es aber ein langes Patt gebe, »... dann könnten Dörfer beginnen, sich zu bewaffnen, zuerst zum Schutz, dann womöglich für Angriffe auf andere«, sagt Azm.

### Wem nützt es?

Eine besondere Bedeutung der gegenwärtigen Auseinandersetzungen in und um Syrien liegt darin, dass es in dem Kampf der großen Mächte in der Welt zur Zeit eine wichtige Rolle spielt, ohne durch reiche Bodenschätze, z. B. Erdöl oder Erdgas, herausgehoben zu sein, wie etwa die Golfstaaten. Die um ihren Einfluss im arabischen Raum kämpfenden großen und regionalen Mächte versuchen, die Ereignisse in und um Syrien in ihrem jeweils eigenen Interesse zu lenken.

Den USA geht es in erster Linie um die weitere Schwächung und Isolierung des Iran, wenn sie Sanktionen gegen Syrien verhängen und die inneren Konflikte voran treiben. Über das Wie gehen allerdings dort die (veröffentlichten) Meinungen auseinander: Der frühere republikanische Präsidentschaftskandidat Senator John McCain und Senator Lindsey Graham, beide Mitglieder des Streitkräfteausschusses im US-Senat, fordern, die Opposition in Syrien zu bewaffnen. Graham: »Syrien dem Einfluss Teherans zu entreißen, wäre im Kampf gegen das iranische Nuklearprogramm genauso wichtig, wie Sanktionen.« (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. 2. 2012) Ein Berufsmilitär, General Dempsey, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs der US-Streitkräfte, warnte hingegen vor Waffenlieferungen: Die Bewaffnung der syrischen Opposition wäre »verfrüht«; es sei schwierig, die syrische Opposition genau zu definieren. (ebd.)

Russland sieht in der Politik der USA und der EU im Nahen Osten und nun speziell in Syrien vor allem den Versuch, seine Position in dieser Weltgegend zu schwächen. Bereits während des Zarismus war es Russlands Bestreben, strategische Positionen im Westen, insbesondere im Mittelmeerraum, zu besetzen. Dabei stieß es schon im 19. Jahrhundert auf den erbitterten Widerstand Englands und Frankreichs. Auch heute behindert die Türkei als Nato-Mitglied und militärischer Sperrblock das freie Operieren der russischen Kriegsflotte in Krisenfällen. Nur allein in Syrien gibt es mit Tartus einen Tiefwasserhafen, den die russische Flotte als Stützpunkt für Kriegsschiffe nutzen kann. Nachdem sich Ägypten den USA zuwandte, blieb der damaligen SU nur noch Syrien als stabiler Verbündeter,

1 Muriel Asseburg, Heiko Wimmen, »Der gewaltsame Machtkampf in Syrien«, SWP-Aktuell 12, Februar 2012

2 Heiko Wimmen, »Syrien: Gefährliches Patt zwischen Regime und Opposition«, SWP-Aktuell 35, August 2011

3 Siehe hierzu Jürgen Todenhöfer: »Die syrische Tragödie – Wie blind ist der Westen...«, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 19. Februar 2012

4 Christopher Ehrhardt im Gespräch mit Sadik al Azm, Frankfurter Allgemeine Zeitung 21. Februar 2012

den sie dreimal nach verlorenen arabischen Kriegen gegen Israel wieder aufrüstete: 1956, nach dem Vorrücken Israels im Suez-Kanal-Konflikt, sowie nach 1967 und nach 1973. Die Installierung einer den USA und der EU verbundenen Regierung in Syrien würde die letzten Spuren russischer Präsenz im arabischen Raum tilgen.

Auch für China geht es um einen – allerdings sehr viel jüngeren – Einfluss im Nahen Osten. Der Energiehunger der chinesischen Wirtschaft und die schnell wachsenden Handelsbeziehungen in viele arabischen Länder begründen ein massives materielles Interesse, diese energiereiche Weltregion nicht dem Einfluss der USA und der EU zu überlassen. Ähnlich wie Russland hatte China zuletzt Resolutionen im Sicherheitsrat der UN durch Veto verhindert, weil es aus dem Beispiel Libyens gelernt hatte, wie Nato-Staaten eine entsprechende Erklärung zum Vorwand für militärisches Eingreifen nehmen, wenn es ihnen beliebt. So wie früher die imperialistischen Mächte in ihrer Propaganda die Rettung von bedrohten Missionaren der christlichen Religionen zum Vorwand für Angriffe auf die Völker der künftigen Kolonien nahmen, so sind es heute die »humanitären Einsätze« geworden, nachdem es in der Sprachregelung der westlichen Medien keine Kriege mehr gibt, sondern nur mehr »Friedensmissionen«. Für China wie für Russland mag es noch ein weiteres Motiv dafür geben, die Einmischung der sogenannten Internationalen Gemeinschaft zu fürchten: Sie erleben, wie oppositionelle Strömungen in ihren eigenen Ländern von ihren Konkurrenten in den USA und der EU politisch ausgebeutet werden. Wenn bei der Münchener Sicherheitskonferenz der hier schon einmal zitierte republikanische US-Senator McCain bemerkte, dass der arabische Frühling auch nach China kommen werde, dann klingen bei der chinesischen Führung die Glocken, denn die Konfliktthemen Tibet und Taiwan sind international jederzeit präsent. Wenn die chinesische Regierung also von der Notwendigkeit der Stabilität im arabischen Raum spricht, dann meint sie damit zugleich auch die Stabilität ihrer eigenen Beziehungen mit dem Rest der Welt.

Der Korrespondent der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Rainer Hermann, meint, dass in der Syrien-Krise Qatar zusammen mit den Golfstaaten die Meinungsführerschaft in der Arabischen Liga an sich gerissen habe und dies habe tun können, weil die großen Länder Ägypten und Irak mit sich selbst beschäftigt seien und keine eigene Strategie verfolgten. Der herrschenden Dynastie Qatars von Gnaden der USA und Saudi-Arabiens unter Emir Hamad Bin Chalifa Al Thani ginge es darum, den USA (mit dem größten Militärstützpunkt in der Region) und den politischen islamischen Strömungen um die Muslimbruderschaften (mit dem Sender Al Dschazira) gleichermaßen gefällig zu sein und sich damit unentbehrlich zu machen.<sup>5</sup> Mit der Destabilisierung Syriens würde der Einfluss Irans auf die arabische Halbinsel weiter geschwächt, was durchaus im Interesse der Regierungen der Golfstaaten liegt.

### **Der soziale und politische Gehalt des »arabischen Frühlings«**

Was ist – bei allen Unterschieden im Einzelnen – das Gemeinsame an den Umwälzungen, welche die Massenaktionen des »arabischen Frühlings« in vielen Ländern des NMO bewirken? In erster Linie fällt auf, dass die alten, despotischen Regierungen Legitimität in der Bevölkerung eingebüßt haben. Die Monopolisierung der politischen und wirtschaftlichen Macht in den Händen weniger Fami-

lien lähmt die Entwicklung der Länder zu einer Zeit, wo weltweit neue Kräfte sich entwickeln, vor allem in Gestalt der sogenannten BRICS-Staaten, und wo vor allem junge Leute bereit sind, für ihre Zukunftsperspektiven im eigenen Land zu demonstrieren und zu kämpfen. In Tunesien, Ägypten und jetzt Syrien akzeptieren die herrschenden Familien, dass sie die politische Macht mit weiteren Teilen der herangewachsenen Bourgeoisien ihrer Länder teilen müssen, wenn sie nicht ihren gewaltsamen Sturz oder jedenfalls dauerhafte Unruhen bis hin zum Bürgerkrieg riskieren wollen. In Libyen haben ausländische Mächte maßgeblich dazu beigetragen, die alte Staatsführung um die Familie Ghaddafi militärisch zu liquidieren. Dies wird den Konsolidierungsprozess für die neue herrschende Klasse wahrscheinlich erschweren, weil nun die Hierarchie unter den neu Angetretenen erst ausgekämpft werden muss. In den Ölstaaten am Persischen Golf ist es den Monarchen und Emiren von Gnaden der USA möglich, die Ruhe der großen Mehrheit der eigenen Bevölkerung buchstäblich mit Hilfe der Öleinnahmen zu erkaufen. Entstehen dort politische Unruhen, so wie letztes Jahr in Bahrain, so werden diese mit eiserner Faust niedergeschlagen, zur Not mit Hilfe saudischer Panzer. Die proletarischen Klassen dieser Länder bestehen zum großen Teil aus Arbeitsimmigranten aus arabischen und asiatischen Staaten mit befristeter Aufenthaltserlaubnis, die bei Unruhen jederzeit ausgewiesen werden können.

Die neuen Verfassungen z. B. in Tunesien, Ägypten und Syrien, die Möglichkeit für die politische Organisation der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Klassen, die bisher von der politischen Macht ausgeschlossen waren, die nun folgenden Parlamentswahlen, dies alles dient aus Sicht der alten herrschenden Eliten in erster Linie der Beruhigung der unruhigen Bevölkerung. Die Kompromisse, die sie gezwungenermaßen anbieten, sollen insbesondere weitergehende soziale Forderungen und Kämpfe der lohnabhängigen Klassen unterbinden. Solche Klassenkämpfe wollen auch die Händler und Fabrikanten nicht haben, die bislang ohne politischen Einfluss waren. Aber, wie das Beispiel der Türkei zeigt, die alten herrschenden Zirkel geben ihre Privilegien ungern auf und den neuen Parteien stehen harte Auseinandersetzungen sowohl auf dem Feld der Wirtschaft als auch um die Kontrolle von Justiz, Polizei und Militär bevor. Solange die lohnabhängigen Klassen schwach und unorganisiert sind, und solange es keine größeren sozialen Unruhen gibt, können sich die neuen bürgerlichen Parteien liberal und demokratisch geben. Das stärkt dann ihren Rückhalt in der Bevölkerung, wie es das Beispiel der AKP in der Türkei zeigt.

In der »Arabellion« verändern die demonstrierenden und rebellierenden Massen das Gefüge ihrer herrschenden Klassen. Ob sie sich auf Dauer darauf beschränken werden oder ob sie weiter gehen und selbst Organisationen und einen eigenen gemeinsamen Willen entwickeln, wird auch davon abhängen, ob die herrschenden Klassen die wirtschaftliche Stagnation beenden und der Gesellschaft eine Perspektive für eine bessere Zukunft bieten können. Ein wichtiger Indikator für die kapitalistische Weiterentwicklung der Staaten des NMO wird sein, ob sie in der Lage sind, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu gestalten, der ihnen einen Binnenmarkt von ausreichender Ausdehnung schafft, um ihre einheimischen Produktivkräfte unabhängiger von den Märkten außerhalb der Region fort zu entwickeln.

A., 18. März 2012 ■

<sup>5</sup> Rainer Hermann, »Mitschwimmen im Golfstaatenstrom«, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. März 2012

Weitere Daten und Fakten zur Entwicklung in Syrien auf unserer Internetseite: [www.arbeiterpolitik.de](http://www.arbeiterpolitik.de)



# Britische Lohnabhängige wehren sich – mit unterschiedlichen Erfahrungen



## Widerstand im öffentlichen Dienst

Nach den Studentendemonstrationen im Jahre 2010 wuchs im letzten Jahr der Protest der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst Britanniens gegen die erheblichen Einschnitte bei den Renten.<sup>1</sup> Lokale Aktionen, Demonstrationen und Streiks und die Großdemonstration am 30. Juni 2011 zielten auf einen gemeinsamen Aktionstag: Am 30. November 2011 wurde mit dem größten Streik seit 1970 der Öffentliche Dienst Lahm gelegt. Wohl zwei Millionen Lohnabhängige wandten sich gegen das Ziel der Regierung, die Löhne für zwei Jahre einzufrieren, die Arbeitszeiten zu verlängern und die Beiträge für die Rentenkassen zu erhöhen, mit dem Ergebnis einer niedrigeren Rente nach dem Berufsleben.

Alle Gewerkschaften hatten zum Streik im Öffentlichen Dienst aufgerufen: Unite, Unison, GMB usw.; sogar die Gewerkschaft der Schulleiter, die das in ihrer hundertjährigen Geschichte noch nie zuvor getan hatte. (Schulleiter hielten gewöhnlich die Schulen miteinigigen wenigen Streikbrechern offen, wenn die Lehrgewerkschaft zum Streik aufrief.) Schulen, Krankenhäuser, Müllabfuhr, Busse und Bahnen waren betroffen. Auch die Bediensteten von Downing Street No 10 streikten.

## Der Hintergrund des Protestes

Der Höhepunkt der Finanzkrise liegt zwar schon drei Jahre zurück, doch deren Auswirkungen treffen heute besonders alle Lohnabhängigen: die vor einem Jahr angehobene Mehrwertsteuer, die Inflation von zeitweise über 5% und reduzierte Sozialleistungen. Im Zeitraum 2009 bis 2013 werden sich die Verluste der Realeinkommen der Lohnabhängigen auf 7,4% summieren. Das hat es seit dem Erdölschock der 1970er Jahre nicht mehr gegeben. Die »Rettung« der Banken hat zu einem Fehlbetrag von immer noch 8,4% des Bruttoinlandsprodukts im Staatshaushalt geführt. (Für die britische Bourgeoisie spielt der Finanzsektor eine besonders große Rolle, denn nach Margret Thatchers Politik der Deindustrialisierung liegt der Anteil des Finanzsektors am BIP

mit zehn Prozent im internationalen Vergleich sehr hoch; in Deutschland sind es etwa vier Prozent).

Dieser Fehlbetrag soll durch das Austrocknen des Sozialbudgets gedeckt werden, weiterhin durch die sozialen Einschnitte bei den Staatsbeschäftigten und über die Entlassung von 700.000 Staatsangestellten. Dabei ist die Arbeitslosigkeit Ende 2011 mit 8,4% schon auf den höchsten Stand seit 17 Jahren gestiegen und die Perspektivlosigkeit der Armen hatte sich schon in den Krawallen der farbigen Bevölkerungsteile gezeigt. Auch am Beispiel Großbritanniens, dem mittlerweile stark deindustrialisierten Mutterland der Industrie, zeigt sich die allgemeine Strategie der europäischen Bourgeoisien.

## UNISON willigt in Opfer der Lohnabhängigen ein

Der Protest von zwei Millionen Lohnabhängigen hat die Regierung nicht bewegen können, ihre Pläne zu ändern. Bewegt hat sich jedoch UNISON, die größte Gewerkschaft im Öffentlichen Dienst, und zwar auf die Regierung zu. Sie hatte schon bei der Vorbereitung des großen Novemberstreiks einer ganzen Reihe von lokalen Streikabstimmungen gegen die Einschnitte durch die Regierung die Zustimmung verweigert. Im Januar vereinbarte sie ein Rahmenabkommen (heads of agreement) für weitere Verhandlungen mit der Regierung.

In dieser Übereinkunft sind alle von der Regierung geforderten Punkte berücksichtigt: das Regierungsziel, Beschäftigte staatlicher Behörden bis zum 68ten Lebensjahr arbeiten zu lassen; den Beitrag für die Rentenkasse ab 2015 von 3,2 auf 5,6 Prozent ihres Monatseinkommens anzuheben und am Ende des Erwerbslebens dafür eine bis zu 20 Prozent niedrigere Rente auszuzahlen. Danny Alexander, Chefverhandler der Regierung, erklärte vor einem jubelnden britischen Unterhaus, mit den »heads of agreement« seien alle Sparziele erreicht. Die Koalition von 30 Gewerkschaften, die am 30. November 2011 gegen geplante Verschlechterungen bei den Renten im öffentlichen Sektor streikten, war damit zerbrochen. Den Hauptamtlichen von UNISON hatte die Massendemonstration offensichtlich nur zum »Dampfablassen« gedient. Nicht stark genug war die innergewerkschaftliche Opposi-

<sup>1</sup> Arpo 1/2011 und 4/2011

tion gegen diese Politik, um den Kurs der Führung zu korrigieren. Scharf kritisiert wurde die Übereinkunft von den Gewerkschaften mit ‚linker‘ Führung, vor allem von der Organisation der Staatsangestellten, PCS.

Nachdem UNISON sich auf Opfer der Lohnabhängigen eingelassen hatte, konnte nun die Regierung des Großbürgertums im März in aller Ruhe daran gehen, ihre Politik zugunsten der herrschenden Klasse fortzusetzen: Der Höchstsatz bei der Einkommenssteuer wird gesenkt. Außerdem sollen Unternehmen ihre Gewinne leichter ins Ausland bringen können, um der britischen Steuer zu entgehen. Währenddessen müssen die Niedrigverdiener die Folgen der neuen und der schon vollzogenen Sozialkürzungen tragen.

Vom Ziel, den 28. März 2012 zu einem weiteren nationalen Protesttag gegen die Rentenpolitik zu machen, blieben der Streik und die Demonstration der Lehrer und Hochschullehrer in London, die von Aktiven aus anderen Gewerkschaften unterstützt wurden.

## Kampagne gegen »Workfare«

Über Twitter und Facebook verbreitete sich eine Kampagne gegen »Workfare« über das ganze Land. Der 3. März wurde zum Protesttag, an dem in vielen britischen Städten Menschengruppen das Vorhaben der Regierung anklagten, reguläre Arbeitsplätze durch quasi unbezahlte Arbeit von Arbeitslosen zu ersetzen: Diese Politik diene der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, der allgemeinen Lohnsenkung und der Unterminierung des Mindestlohnes. Mit ihr würden Privatunternehmen subventioniert. Workfare heiße also Lohnsenkung für Arbeitnehmer und Erhöhung der Profite für die Unternehmer.

Beteiligte Firmen wurden auf der Straße und im Internet benannt und angeklagt. Aufgrund des schlechten Rufs, in den sie durch die Proteste gerieten, zogen mehrere Unternehmen ihre Beteiligung an diesem Regierungsprogramm zurück und kündigten an, feste Arbeitsplätze schaffen zu wollen.

Die Wirkung der Proteste war so stark, dass sich Premier Cameron gezwungen sah, im Unterhaus dazu Stellung zu nehmen: Er bezichtigte die trotzkistische Socialist Workers

Party der Führung der Proteste. (Die SWP, die seit längerem keinen großen Einfluss hat, war in diesem Zusammenhang aktiv. Mit der Behauptung, sie hätte die Proteste geführt, wollte Cameron nach alter Manier die Bewegung diffamieren.) In einer vom britischen Sender BBC übertragenen Diskussion zu diesem Thema erwiderte der linke Labour-Abgeordnete John McDonnell auf den Vorwurf, Trotzlisten und Anarchisten ständen hinter den Protesten und nicht die Gewerkschaften: Kämpfende Gewerkschaften wie die RMT (Transportarbeitergewerkschaft) und die PCS (Organisation der Staatsangestellten) hätten einen Mitgliederzulauf, während andere einen Mitgliederschwund zu verzeichnen hätten. Allein gelassen mit ihrer »Wohltat« gegenüber den Arbeitslosen sah sich die Regierung schon zu kleinen Korrekturen gezwungen.

Auch in dieser Kampagne wurde der Zusammenhang zwischen der Stützung der Banken mit Millionen Pfund und der Kürzung von städtischen Programmen für unentgeltliche Arbeit von Arbeitslosen deutlich gemacht. Während inzwischen die NUT als weitere Gewerkschaft die Kampagne unterstützt, wurde vor der Zentrale der Communication Workers Union CWU (Gewerkschaft für das Nachrichtenwesen) gegen ihre inkonsequente Haltung zur Problematik unbezahlter Arbeit protestiert.

## Der Kampf der britischen Elektriker: Rank and File setzt sich durch

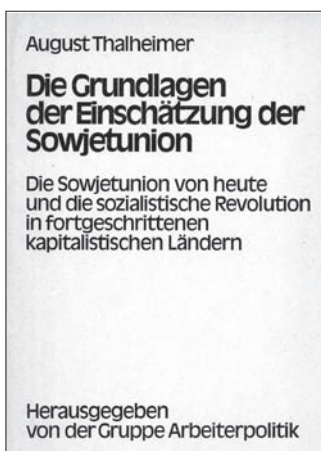
Während die britischen Eisenbahner nach der Veröffentlichung eines Berichts über zu hohe Kosten bei den britischen Bahnen (im Vergleich zu anderen Ländern) Angriffe auf ihre Löhne und Arbeitsbedingungen und die Beschäftigten bei den Straßenverkehrsämtern Entlassungen auf sich zukommen sehen, haben die Industriearbeiter in der Bauwirtschaft gezeigt, dass sie in der Verteidigung ihrer Interessen altes Kampfbewusstsein wiedergewinnen.

Nach den Kämpfen der Konstruktionsarbeiter in der Energiewirtschaft 2008/2009 haben die Elektriker seit August 2011 auf den Baustellen gekämpft: gegen das Ziel der Unternehmer, mit BESNA im März 2012 das Berufsbild des Elektrikers durch Abstufungen in drei Leistungsgruppen



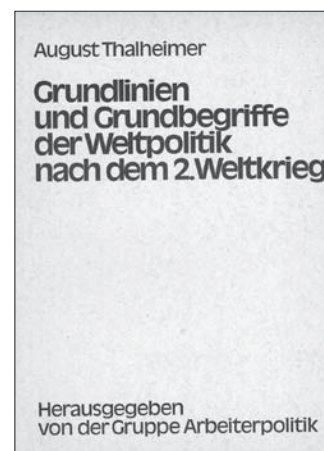
**Westblock – Ostblock**  
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948, Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992

460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



August Thalheimer  
**Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion**  
Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern

43 Seiten A5 | 1,50 EUR



August Thalheimer  
**Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg**  
Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik

32 Seiten A5 | 1,50 EUR



auszulöschen, um so über eine Lohnsenkung von bis zu 35 Prozent die Gewinne zu erhöhen.<sup>2</sup> Ende Februar gaben dann die acht größten Baukonzerne ihr Ziel auf, BESNA brachial durchzusetzen.

### Hauptamtliche an die Leine gelegt

500 Basisaktivisten (rank and file) aus London und der Südküste waren es, die im August 2011 ihren Unternehmern und ihrer Gewerkschaft UNITE eine für die Branche beispielgebende Antwort gaben: Wir sind nicht bereit, eine Entwertung unseres gelernten Berufs und Lohnkürzungen hinzunehmen. Die Unzufriedenheit mit der bisherigen Vertretung ihrer Interessen durch die Gewerkschaft führte zur Wahl eines nationalen Rank-and-file-Komitees zur Leitung des Kampfes. Gewählt wurden auch Kollegen, die bei den Unternehmern auf der Schwarzen Liste stehen. In der Diskussion wurde das Problem der Schwarzen Listen thematisiert, die es Bauunternehmern nun schon jahrelang ermöglichten, Gewerkschaftsaktivisten aus ihren Betrieben fernzuhalten bzw. zu entlassen. (Den Datenschutz verletzend wurden von der Organisation Consulting Association, die dem Datenschutz verpflichtet war, persönliche Daten von aktiven Basisgewerkschaftern an Baufirmen verkauft.) Hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre wurden zu Fehlern der Gewerkschaft in der Vergangenheit angesprochen und mussten versichern, dass UNITE künftig ihren Aufgaben besser nachkommt.

Die Versammlung beschloss, zur Aufklärung der Kollegen über die Angriffe der Unternehmer auf allen Baustellen im Lande Flugblätter zu verteilen. Nicht alle Rank-and-file-Versammlungen, die im Lande veranstaltet wurden, hatten diese Qualität, denn anwesende hauptamtliche Funktionäre zielten mit ihren Beiträgen stets darauf ab, die Kampfmaßnahmen auf später zu verschieben.

Da die großen acht Unternehmen völlig neue Belegschaften für einen 10,50-Pfund-Stundenlohn aufstellen wollten, wurde schnell gehandelt. Versuche der Hauptamtlichen, Kampfmaßnahmen auf die lange Bank zu schieben, wurden weggewischt. Von der Südküste bis hinauf nach Schottland wurden Komitees errichtet, um den Kampf auf den richtigen Weg zu bringen und die Gewerkschaft unter Druck zu setzen.

Schon im August begannen 200 Gewerkschafter im Bereich London mit den Protesten. Mit spontanen (inoffiziellen) Aktionen auf den Großbaustellen wurde die Solidarität von den verschiedenen Baustellen gewonnen. Es gelang, vielerorts wöchentlich inoffizielle Arbeitsniederlegungen, Baustellenblockaden und Demonstrationen außerhalb der großen Baustellen zu organisieren. Büros wurden besetzt, Hauptstraßen blockiert, Parlamentsabgeordnete angesprochen und die Gewerkschaft unter Druck gesetzt. Für die Öffentlichkeitsarbeit wurden Flugblätter, E-Mails und Facebook genutzt. Während woanders frustrierte Arbeiter sich von ihren Gewerkschaften abwenden, war hier zu sehen, dass Arbeiter Eigenaktivitäten entfalteten, Nichtorganisierte in den Kampf einbezogen und für die Gewerkschaft gewonnen wurden. Arbeiterdemokratie zeigte sich in der massenhaften Aktivität der Gewerkschafter.

<sup>2</sup> BESNA = Building Engineering Services National Agreement; Metallarbeiter sollten demnach einen Stundenlohn von 10,50 Pfund, Wires (Verkabelung) 12 Pfund, Terminators (Anschlüsse herstellen) 14 Pfund erhalten. Da das JIB Elektriker-Handbuch aktuell einen Stundenlohn von 16, 25 Pfund für Elektriker ausweist, läge die höchste Lohnkürzung also bei 35%. Die nachwachsende Generation würde durch die massive Verschlechterung der Ausbildung, die das geplante Modell vorsieht, besonders betroffen sein.

## Rank and File

Die Rank-and-File-Kämpfe haben in England eine lange Tradition. Beim Zusammenschluss kleinerer Berufsgewerkschaften zu größeren Organisationen Anfang des 20. Jahrhunderts wurden demokratische Strukturen eingerichtet, die einem starken Basiseinfluss entsprachen.

Der Mangel der Ware Arbeitskraft in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg ließ den Einfluss der Shop Stewards (Vertrauensleute) wachsen. Sie führten nicht nur den alltäglichen Klassenkampf, sondern koordinierten große nationale Kampagnen und Streiks. Ihren Shop Steward kannten die Kollegen, sie vertrauten ihm. Die Hauptamtlichen waren weit weg und gegenüber dem Unternehmer stets kompromissbereit. Nach den Kämpfen der Seeleute für ein Mitspracherecht ihrer Shop Stewards (gegenüber dem Diktat des Kapitäns) landete so mancher Rank-and-file-Aktivist auf der Schwarzen Liste und konnte nie wieder zur See fahren: Die Gewerkschaft der Seeleute arbeitete mit den Reedereien zusammen. Die Hafendarbeiter und die Ford-Arbeiter hatten landesweit eine starke Basisorganisation. In den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts trennten sich die Hafendarbeiter der nördlichen Häfen von der damals antikommunistischen Transportarbeitergewerkschaft TWGU und schlossen sich der radikalen Gewerkschaft der Londoner Hafendarbeiter, NASD, an. Bei den Elektrikern (Electrician Trade Union) konnten lokale Basis-Komitees einen offiziellen Streik organisieren.

Schwarze Listen zur Ausgrenzung konsequenter, klassenbewusster Gewerkschafter gibt es seit langer Zeit. Mit ihnen konnten sich die Unternehmer genehme Gewerkschaftsführer warmhalten. U. a. die Economic League (gegr. 1919), eine Organisation zur propagandistischen Verbreitung der Interessen der Industriellen, stellte Schwarze Listen konsequenter Vertreter von Arbeiterinteressen und Gegnern der atomaren Aufrüstung auf. Bei Gewerkschaftswahlen griff sie mit Flugschriften zugunsten rechter und gegen linke Kandidaten ein. Mitgemischt hat z. B. auch der CIA.

Premierministerin Margret Thatcher drängte mit der Deindustrialisierungspolitik und ihren Anti-Gewerkschaftsgesetzen den Basiseinfluss, den Einfluss der Shop Stewards, zurück. Mit dem weiteren Zusammenschluss kleinerer Gewerkschaften zu den jetzigen großen Organisationen wurde dieses Ziel umgesetzt. Heute haben alle Gewerkschaftsführer Angst um die Gewerkschaftskasse, denn per Gerichtsbeschluss können sie bei Arbeitskämpfen leicht in Regress genommen werden.

## Gemeinsamkeiten im Kampf

In den Straßen Londons haben die Tories dann gezeigt, wie sie auf eine Weiterentwicklung der Kämpfe vorbereitet sind. Als am 9. November 2011 die Studenten gegen Kürzungen im Bildungsbereich demonstrierten, fanden sie breite Unterstützung von Arbeitern, die auf den Fußwegen standen. Beifall brandete auf, als sie – eingekreist von mehr als 400 Polizisten – vorbeizogen. Beobachtet wurde, wie Provokateure unter Guy Fawkes –Masken versuchten die Demons-

tranten zu provozieren, um der Polizei ein Recht zum Eingreifen zu geben.

Als Elektriker einer spontanen Demonstration gegen Lohnkürzungen versuchten sich der Studentendemonstration anzuschließen, kesselte die Polizei sie ein. Es war das erste Mal, dass diese Taktik bei einem Arbeiterprotest angewendet wurde. Die Studenten erkannten die Möglichkeit, ihre Ziele mit dem Arbeiterprotest zu verbinden. Auf Initiative von Youth Fight for Jobs hielten sie eine Viertelstunde an und forderten, die Elektriker freizulassen. Aus ihrem Kreis klang im Chor: »Studenten und Arbeiter kämpfen vereint.«

## Die Entscheidung fiel bei Balfour Beatty

Unter Androhung von Entlassung versuchte das führende größte Bauunternehmen, Balfour Beatty, die Arbeiter zu zwingen, eine neue Vereinbarung zu unterschreiben, die die Lohnkürzungen und Verschlechterungen beinhalteten.

Nun musste UNITE dem Druck der Mitglieder nachgeben und im Dezember zur Streikurabstimmung aufrufen: 81% Ja-Stimmen. Balfour Beattys Antwort war ein erfolgreicher Einspruch beim Gericht. Doch Mitte Februar brachte eine zweite Streikabstimmung 67% Ja-Stimmen. Sie wurde vom Gericht anerkannt und brachte damit den Durchbruch. Die Arbeiter hatten dem Unternehmen klar gemacht, dass sie nicht klein zu kriegen sind. Als Balfour Beatty BESNA nun aufgab und an den Verhandlungstisch zurückkehrte, folgten auch die anderen Bauunternehmer.

Vorerst konnte also ein Einbrechen in das Tarifsysteem verhindert werden. Die Kampagne der Rank-and-file-Kollegen war der Hebel, der der Gewerkschaft eine starke Position gegenüber den Bauunternehmern verschaffte. Angesichts des Kampferfolges hat Len McCluskey, der Generalsekretär der Gewerkschaft, das nationale Rank-and-File-Komitee öffentlich anerkannt.

Die Unternehmer wollen weiterhin den alten Tarifvertrag »modernisieren« und das Rank-and-File-Komitee fordert seine Beteiligung an allen Verhandlungen. Der Unternehmerforderung nach Dequalifizierung und Flexibilisierung stellen sie die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und die Einstellung der Kollegen, die auf die Schwarze Liste gesetzt worden sind, entgegen.

Die britischen Elektriker haben den Lohnabhängigen des Landes gezeigt, dass ihre Interessen nur durch intensiven eigenen Einsatz verteidigt werden können. Reicht die Kraft dazu nicht, so lassen die Gewerkschaftsspitzen Opfer der arbeitenden Bevölkerung zu, wie es von UNISON demonstriert wurde.

## Wo stehen die britischen Lohnabhängigen?

Nach fünf Jahren Rezession zeigt sich offen die tiefe Klassenspaltung der britischen Gesellschaft: Während es bei den Reichen Einschnitte bei den Steuern gibt, werden bei den Armen Leistungen, wie Sozialleistungen, Löhne etc. beschnitten. Vielfältig gespalten in Vollzeitkräfte, Teilzeitkräfte, Arbeitslose, Alleinerziehende, Kranke, Behinderte, Jugendliche, Farbige und Weiße usw. sehen die Lohnabhängigen überwiegend noch nicht die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge. Regierung und rechte Medien haben die Empfänger von Sozialleistungen effektiv mit dem Märchen stigmatisiert, sie würden das Land in den Ruin treiben: So viele Unproduktive müssten durchgefüttert werden. In kleinen linken Zeitungen mit einem beschränkten Radius werden Klassenzusammenhänge aufgezeigt.



Die britischen Gewerkschaften verhalten sich überwiegend sozialpartnerschaftlich. In einigen Gewerkschaften wird die Tradition wieder lebendig, selber für die eigenen Interessen zu kämpfen, anstatt sich nur durch die Hauptamtlichen in Verhandlungen vertreten zu lassen. Die kämpferisch auftretenden Gewerkschaften verzeichnen nicht nur materielle Erfolge, auch ihre Mitgliederzahl wächst – im Gegensatz zu den stets nachgebenden Organisationen. Die Verteidigungskämpfe bleiben noch auf die konkreten Ziele der einzelnen Branchen beschränkt.

---

## Erläuterungen

UNITE, größte britische Gewerkschaft mit 1,5 Mio Mitgliedern

UNISON, größte Gewerkschaft im Öffentlichen Dienst

PCS, Gewerkschaft für den öffentlichen und den privaten Sektor

RMT, National Union of Rail, Maritime and Transport Workers, Transportarbeitergewerkschaft mit wachsendem Mitgliederstand, aktuell mehr als 80 000 Mitglieder

TWGU, allgemeine und Transportarbeitergewerkschaft (900 000 Mitglieder)

NASD, ehemalige Gewerkschaft der Londoner Dicker

GMB, allgemeine Gewerkschaft im TUC

TUC, Gewerkschaftsdachverband

Rank&File, Consulting Association, führte Schwarze Listen konsequenter britischer Gewerkschafter in der Baubranche. Der Besitzer Kerr dementierte nicht die Nachricht der Zeitung Guardian der frühen 90er Jahre, dass er Angestellter der Economic League war, die bis 1993 einen Dienst mit Schwarzen Listen anbot.

Tories, Konservative Partei

Guy Fawkes, 1605 hingerichteter Verschwörer

Youth Fight for Jobs, britische Kampagne für Arbeitsstellen und Bildung, von sechs Gewerkschaften unterstützt